

GRÜNE MARKTWTIRTSCHAFT

Fraktionsbeschluss vom 3. Juli 2007

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 
BUNDESTAGSFRAKTION
www.gruene-bundestag.de

Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de
AutorInnen	Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Biggi Bender, Thea Dückert, Anja Hajduk, Priska Hinz, Brigitte Pothmer, Krista Sager, Christine Scheel, Gerhard Schick, Margareta Wolf
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: versand@gruene-bundestag.de
Redaktionsschluss	3.7.2007
Schutzgebühr	€ 1,-

Inhalt

Grüne Marktwirtschaft

1.	Was ist grüne Marktwirtschaft?.....	3
2.	Transformationen.....	9
	Ökologische Modernisierung.....	9
	Arbeitsmarkt und sozialer Rahmen der Zukunft.....	12
	Wissensgesellschaft und Innovation.....	15
3.	Selbstständigkeit und Selbstbestimmung fördern.....	18
	Kleinbetriebe und Mittelstand.....	18
	Bürokratieabbau.....	19
	Dritter Sektor.....	20
	Unternehmenskultur.....	20
4.	Potenziale aktivieren.....	23
	Frauen.....	23
	Ostdeutschland.....	24
	Dienstleistungssektor.....	25
	Migration.....	26
5.	Der Staat in der sozialen Marktwirtschaft.....	29
	Öffentliche Güter.....	29
	Wettbewerb und Verbraucherschutz.....	30
	Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik.....	31
6.	Europa und Globalisierung.....	34

1. Was ist grüne Marktwirtschaft?

Wir leben in Zeiten gravierender und beschleunigter Herausforderungen. Die globale Erwärmung und die damit verbundene Klimakatastrophe zeigen die Grenzen eines weltweiten Wirtschaftsmodells, das sich nicht um die natürlichen Ressourcen und die Lebensbedingungen künftiger Generationen schert. Die Globalisierung der Wirtschaft, der Finanzströme und der Kommunikation sprengt die Grenzen nationaler Volkswirtschaften. Die Industriegesellschaft des vergangenen Jahrhunderts verwandelt sich auf der Basis von Wissen, Kultur und Innovation in eine hochkomplexe Dienstleistungsökonomie. Während die Wirtschaft global agiert, bleiben die sozialen Sicherungssysteme national bzw. regional. Ihre Finanzierungsbasis wird untergraben. Durch das Steuerdumping konkurrierender Standorte verschärft sich die Finanzierungskrise der Sozialstaaten. In einem Land wie Deutschland kommen immense demografische Probleme hinzu: Immer weniger junge Menschen in Erwerbsarbeit sollen mit lohnbezogenen Beiträgen die ansteigenden Sozialkosten finanzieren. Die boomende Schwarzarbeit untergräbt zusätzlich die Finanzierung des Staates und der sozialen Sicherung. Staatsverschuldung vermindert die Handlungsmöglichkeiten des Staates, sowohl bei den Investitionen als auch in Fragen des sozialen Ausgleichs.

Das alles sind Herausforderungen, denen man mit dem Beschwören der guten alten sozialen Marktwirtschaft und mit rituellen Bekenntnissen zu mehr Wachstum nicht wirksam begegnen kann. Deswegen stehen wir vor einer Reihe von Transformationen, die auch das Verhältnis von Markt und Ordnung, von Wirtschaft und staatlicher Politik betreffen. Viele der genannten Probleme und Herausforderungen können vom Markt allein nicht gelöst werden. Sich selbst überlassen sind Märkte sowohl ökologisch als auch in sozialer Hinsicht blind. Das ist der Grund des offensichtlichen Scheiterns der neoliberalen Ideologie und Praxis. Es ist allerdings offenkundig, dass Wirtschaft und Staat ohne funktionierende Märkte keine Dynamik entfalten können, die notwendig ist, um in der globalisierten Ökonomie bestehen zu können. Und wenn der Staat soziale Gerechtigkeit zu bürokratisch organisiert, besteht die Gefahr, dass wir bei einem teuren, aber auch entmündigenden Sozialstaat landen.

Märkte und Wettbewerb sind keine autonomen politischen Ziele. Sie sind allerdings hocheffiziente Suchverfahren für gute Lösungen unter bestimmten Rahmenbedingungen. Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen VerbraucherInnen und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.

Märkte und Wettbewerb sind für uns kein Fetisch. Sie sind, wenn sie funktionieren, wichtige Instrumente zur effizienten Umsetzung politisch gesetzter Ziele. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der Staat hat die Aufgabe, den Rahmen so zu gestalten, dass auf der Basis einer klaren Werteorientierung ein zum Wettbewerb befähigter Markt die gewünschten Ziele effektiv erreichen kann. Es ist die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass Marktversagen verhindert wird. Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Smiths Metaphorik dafür sorgt, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen. Die unsichtbare Hand wird dann und nur dann grün, wenn die Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft so

gewählt sind, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Nur dann geraten UmweltverschwenderInnen durch den Markt in Nachteile, während umweltkonformes Verhalten belohnt wird. Märkte können nur Mittel zum Erreichen höchstmöglicher Effizienz sein, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Politikversagen kann durch Märkte nicht korrigiert werden.

Das gilt auch in Bezug auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Grüne Marktwirtschaft ist immer auch soziale Marktwirtschaft. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass wirtschaftlicher Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen wenigen. Deshalb gehört zum Kern grüner Marktwirtschaft neben Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe auch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands – und zwar für beide Geschlechter. Märkte produzieren sich selbst überlassen keine sozial gerechten Ergebnisse, weil sie neben Wohlstand auch Armut und soziale Ausgrenzung hervorbringen. Der Staat muss hier für einen Rahmen sorgen, der die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich überwindet und soziale Gerechtigkeit im Sinne der verschiedenen Aspekte eines modernen Gerechtigkeitsbegriffs schafft.

Es ist nicht alles Markt, was glänzt. Es gibt viele Bereiche gesellschaftlicher Austauschbeziehungen, die nicht über Märkte zu organisieren sind. Gesellschaftliche Aufgaben wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliche Tätigkeiten bilden das soziale Kerngerüst einer Gesellschaft frei kooperierender Individuen. Das können Märkte nicht besser. Netzgebundene Infrastrukturen, Bildung und andere öffentliche Güter bilden erst die Voraussetzung für funktionierende Märkte. Darauf wollen wir auch in einem wirtschaftspolitischen Papier hinweisen.

Wenn wir die oben beschriebenen Herausforderungen meistern wollen, müssen wir jenseits von neoliberaler Marktvergötterung und altlinker Überschätzung staatlicher Planungs- und Steuerungsfähigkeit nach den neuen Rahmenbedingungen fragen, die funktionierende Märkte der Zukunft brauchen. Diese Rahmenbedingungen für Deutschland und für den europäischen Binnenmarkt klug zu setzen und dann eine Politik für effektiven Wettbewerb durchzusetzen, sind die wichtigsten Ansatzpunkte des Konzepts der grünen Marktwirtschaft.

Die ökologische Herausforderung verlangt nach Rahmenbedingungen, die den Markt und seine AkteurInnen zwingen, nach den besten ökologischen Lösungen zu suchen. In einer grünen Marktwirtschaft können nur diejenigen die Zukunft bestehen, die Ressourcen sparen und schonend produzieren und konsumieren. Den Rahmen setzt ein richtiger Mix aus Steuern, Grenzwerten und Verboten sowie indirekten Rahmensetzungen. Beispiele für Letztere wären ein am Bedarf der Wohnung ausgerichteter Gebäudepass, der die VerbraucherInnen über den tatsächlichen ökologischen Wert einer Wohnung oder eines Hauses informiert, oder die Pflicht für FinanzdienstleisterInnen, AnlegerInnen über die ökologischen Wirkungen ihres Investments zu informieren. Manche dieser Rahmensetzungen sind direkt in Preise verwandelbar - wie es bei den Emissionszertifikaten geschieht - und manche indirekt, wie zum Beispiel bei Verbrauchsobergrenzen für Autos oder dem Top-Runner-Ansatz für Elektrogeräte. Es geht darum, Wettbewerbe um den besten technischen Standard auszulösen und in einen dynamischen Prozess um Erneuerung und ökologische Optimierung einzutreten.

Wir legen Wert auf die Feststellung, dass grüne Marktwirtschaft nicht nur ökologischer ist, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher als die bisherige ökologisch blinde Marktwirtschaft. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sie durch ökologische Sparsamkeit und Effizienz Folgekosten reduziert. Damit wird die Natur geschont. Und

damit werden die Handlungsfähigkeit und die Freiheit künftiger Generationen vergrößert. Ökologische Marktwirtschaft ist somit eine Wirtschaftsordnung, die dem Wert der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist. Wir sehen schon heute, dass sich gegen die Umwelt auf Dauer kein Gewinn erzielen lässt.

Die Transformation, die grüne Marktwirtschaft leisten will, verlangt auch nach einem neuen sozialen Rahmen. Dies gilt für die alte deutsche „soziale Marktwirtschaft“, aber darüber hinaus auch für das europäische Sozialmodell. Wir brauchen stabil finanzierte soziale Transferleistungen und eine soziale Infrastruktur, die den verschiedenen Dimensionen, die Armut heute angenommen hat, entgegenwirkt. Ein moderner Sozialstaat darf Ausgrenzung nicht hinnehmen und Armut nicht nur verwalten. Er muss seinen Bürgerinnen und Bürgern deshalb neben einer sozialen Grundabsicherung systematische Zugänge zu Bildung, zu Arbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe bieten. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen an die zunehmend unstetere Erwerbsverläufe angepasst und von den Arbeitskosten unabhängiger werden. Arbeit braucht aber auch faire Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir eine allgemeine Lohnuntergrenze sowie regional- und branchenspezifisch differenzierte Mindestlöhne, um Lohndumping auf Kosten der Beschäftigten zu verhindern.

Grüne Politik verlangt nach einem ermutigenden und aktivierenden Staat, der nicht entmündigt, sondern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Wertorientierung grüner Wirtschaftspolitik besteht in der Ausrichtung auf einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff und auf Selbstbestimmung als einer in gesellschaftlicher Praxis verwirklichter Freiheit.

Grüne Marktwirtschaft ist nicht blindem, rein quantitativem Wachstum verpflichtet. Wir fragen, was wächst und wozu es wächst. Wir fragen, ob das Wachstum zu Lasten der Zukunft geht. Und wir fragen, ob unser Wachstum zu Lasten anderer Länder geht oder nicht. Die vor uns liegende ökologische Modernisierung unserer Produktion und unseres Konsums bedeutet qualitatives Wachstum über eine längere Zeit. Und angesichts der immens hohen Staatsverschuldung wird es auch nötig sein, Wachstum zu erzielen. Allerdings müssen wir Schritt für Schritt die strukturelle Abhängigkeit von quantitativem Wachstum abbauen. Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung, die nicht sofort in die Knie geht, wenn das Bruttosozialprodukt einmal einige Jahre nicht wächst. Ausgeglichene Haushalte und der Abbau der Staatsverschuldung sind eine wesentliche Voraussetzung dafür. Qualitatives Wachstum zeichnet sich durch eine systematische Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch aus. Unsere Wirtschaft muss in größerem Maße energie- und materialeffizienter werden als sie insgesamt quantitativ wächst.

Für beides, für die Effizienzrevolution und für ein Wachstum, das nicht zu Lasten anderer geht, brauchen wir europäische Rahmensetzungen. Denn im Binnenmarkt werden heute die zentralen Weichenstellungen für Produkte nicht mehr von einem Land allein getroffen. Und ohne enge Koordination der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum gehen konjunkturelle Anpassungsprozesse leicht zu Lasten anderer europäischer Mitgliedstaaten. Grüne Wirtschaftspolitik steht für einen pragmatischen Ansatz, jenseits von einseitiger Angebots- oder Nachfrageorientierung. Wir werden beide wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte brauchen, um über Jahre die umfangreichen Investitionen in neue Produkte und Fertigungsprozesse zu ermöglichen, die den ökologischen Strukturwandel voranbringen.

Mit grünen Ideen entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Lange ist die beschäftigungspolitische Bedeutung von ökologischer Wirtschaftspolitik kleingeredet wor-

den. Mittlerweile arbeiten mehr Menschen im Umweltbereich als in der Automobilindustrie. Energie-, Material- und Ressourcenproduktivität bieten gute Beschäftigungschancen für viele. Darüber hinaus haben uns andere europäische Länder vorgemacht, dass neue Arbeitsplätze vor allem im Gesundheitsmarkt und in anderen Dienstleistungsbereichen oder auch in der Kreativwirtschaft entstehen können. Dieses Potenzial ist in Deutschland bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Grüne Marktwirtschaft versucht, die Zukunft zum Gegenstand der heutigen Politik zu machen. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, die uns verbietet, unseren heutigen Wohlstand zu Lasten künftiger Generationen zu erzielen. Dies gilt für die Ökologie, die Staatsverschuldung, für die Bereitstellung und den Erhalt öffentlicher Güter und für die Alterssicherung der Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die die Zukunftsvergessenheit traditioneller Marktwirtschaft überwindet.

Wir befinden uns inmitten des Wandels der alten Industriegesellschaft zu einer modernen wissensbasierten Ökonomie. Im Rahmen dieses offenen Prozesses muss der Staat sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichen und freien Zugang zu Bildung bekommen, und zwar immer wieder. Das ist die zwingende Voraussetzung für unser Bestehen in einer von Globalisierung geprägten Welt. Im digitale Zeitalter sind die Menschen permanent vernetzt, nehmen dadurch Wissen schneller auf und sind somit ständig im Austausch miteinander. Der wirtschaftliche Erfolg in der globalisierten Wissensgesellschaft hängt daher von der Frage ab, ob ein Land in der Lage ist, die Fähigkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Bildung, Wissen und Kreativität zu mobilisieren. Zur Wissensgesellschaft gehört die Fähigkeit zur Innovation. Der Kostenwettbewerb der vergangenen Jahre, der dazu geführt hat, dass viele unser Land mit einem Standort verwechselt haben, muss zu einem Wettbewerb um Innovationen werden. Der Staat muss die Bedingungen für die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft optimieren. Er muss weniger bürokratisch agieren, Subventionen abbauen, die Forschungslandschaft verbessern und in der Lage sein, gesellschaftliche Ziele für den Innovationsprozess zu setzen.

Grüne Marktwirtschaft setzt auf die Stärkung aller relevanten MarktteilnehmerInnen: auf die VerbraucherInnen, die UnternehmerInnen und die abhängig Beschäftigten.

Die Stärkung der VerbraucherInnen ist elementar für die zukünftige Wirtschaftsordnung. Nur Verbraucherinnen und Verbraucher, die Bescheid wissen, können souverän durch ihre Kaufentscheidung das Angebot des Marktes beeinflussen. Wer weiß, wie hoch die lebenslangen Energiekosten eines Flachbildschirms im Vergleich zu dem Angebot eines anderen Herstellers sind, der kann souverän als VerbraucherIn in das Marktgeschehen eingreifen. Wer über die ökologische und soziale Qualität eines Produktes oder einer Dienstleistung informiert ist, agiert als Souverän im Markt und nicht als jemand, der gezwungen ist, die Katze im Sack zu kaufen. Deswegen wollen wir wissen, was drin ist. Diese Informationen liefern Märkte nicht immer von allein. Wenn AnbieterInnen und KundInnen einen unterschiedlichen Informationsstand haben, sind staatliche Vorgaben nötig, z. B. darüber, welche Informationen über Finanzprodukte im Verkaufsprospekt enthalten sein und bei einem Beratungsgespräch vermittelt werden müssen.

Grüne Marktwirtschaft setzt auf Selbstbestimmung. Deswegen brauchen wir mehr selbstbestimmte UnternehmerInnen, die bereit und in der Lage sind, persönliche Risiken einzugehen und auch Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen. Nicht die abgehobenen ManagerInnen, die keine persönlichen Risiken aufnehmen und bei Fehlern mit vergoldeten Handschlägen verabschiedet werden, sind unser

Leitbild. Wir brauchen neue Unternehmerinnen und Unternehmer, die Gewinne erzielen wollen, ohne dabei das Gemeinwohl zu vergessen. Wir wenden uns explizit gegen das oft verbreitete einfache Bild von bösen UnternehmerInnen und guten Beschäftigten. Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf ein Unternehmertum in gesellschaftlicher Verantwortung, das Gewinnmaximierung nicht über alles stellt. Deswegen kämpfen wir gegen Korruption, Bestechung und gegen eine Aufsichtskultur großer Kapitalgesellschaften, die systematisch die Pflichten verantwortungsvoller Unternehmensführung verletzt.

Grüne Marktwirtschaft will die Selbstbestimmung und Entscheidungskompetenzen der abhängig Beschäftigten stärken. Dies liegt nach unserem Verständnis auch im Interesse der Betriebe. MitarbeiterInnen, die in ihrem Betrieb tatsächlich etwas zu sagen haben, sind zufriedener und auch produktivere MitarbeiterInnen. Innovationsprozesse laufen nicht unter Angst vor Entlassungen ab. Sie verlangen eine Kultur des Vertrauens und des Respekts vor den Fähigkeiten aller Mitarbeiter. Bestandteil einer modernen Unternehmenskultur ist es deshalb, MitarbeiterInnen auch über die bestehenden Mitarbeiterrechte hinaus systematisch in Unternehmensentscheidungen einzubinden und sie am Erfolg teilhaben zu lassen.

Im Wirtschaftsgeschehen in Deutschland sind Frauen bislang entgegen aller Sonntagsreden nicht gleichberechtigt beteiligt. Dies zeigt sich bei unterschiedlichen Löhnen für gleichwertige Arbeit und bei der Vergabe von Führungspositionen. Weniger als 10 Prozent der 80.000 Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft sind mit Frauen besetzt. Grüne Marktwirtschaft will dies zugunsten der Frauen und zugunsten der Wirtschaft ändern. Zu einem modernen Begriff von Gerechtigkeit gehört auch die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Das Nichtberücksichtigen der Frauen stellt im Übrigen eine gigantische Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen dar. Wer hochqualifizierte Frauen wegen fehlender Kinderbetreuung, wegen Fehlsteuerungen wie dem Ehegattensplitting oder einfach wegen der Borniertheit von PersonalchefInnen der Wirtschaft entzieht, verhindert Gleichberechtigung und handelt auch im streng ökonomischen Sinn nicht rational.

Es ist die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik, einen vernünftigen Rahmen für das Wirtschaftsgeschehen zu schaffen. Darüber hinaus braucht es auch eine kluge Wettbewerbspolitik, die dafür sorgt, dass Wettbewerb auch wirklich stattfindet. Auf dem Markt erzielte Vorsprünge einzelner Unternehmen dürfen nicht zu Errichtung dauerhafter Monopole führen. Strom- und Gasnetz sowie die Schiene bedürfen als natürliche Monopole der staatlichen Regulierung mit dem Ziel, allen AnbieterInnen einen diskriminierungsfreien Netzzugang zu ermöglichen. Hier muss der Staat im Sinne effektiven Wettbewerbs und fairer Tauschprozesse am Markt eingreifen. Schließlich hat der Staat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass öffentliche Güter (Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Wasser etc.) für alle in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Der Staat muss und kann dabei nicht alles selbst machen, aber er muss sicherstellen, dass es in ausreichender Qualität gemacht wird. Die Privatisierung von Teilaufgaben kann sinnvoll sein, es fehlt aber auch nicht an Negativbeispielen. Privatisierung darf nicht bedeuten, dass die Grundverantwortung des Staates für öffentliche Güter aufgegeben wird oder dass Gewinne privatisiert, Verluste aber auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Auch bei Privatisierungen braucht man Regeln und Regulierungen zur Durchsetzung und Beachtung des Gemeinwohls.

Wir glauben nicht an die Ideologie eines Nachtwächterstaates, der nur noch für innere und äußere Sicherheit zuständig sein soll. Wir wollen einen starken Staat, der die richtigen Rahmenbedingungen für Märkte national und international auch

durchsetzen kann. Wir wollen einen Staat, der Markt und Wettbewerb auch gegen Monopole im Interesse der verschiedenen MarktteilnehmerInnen schützt. Das ist nicht der allmächtige Staat, der sich in alles einmischt, weil er glaubt, alles besser zu können. Ein starker Staat ist auch ein Staat, der sich zurückhält und der die Autonomie und Selbstbestimmung der Gesellschaft achtet und fördert. In diesem Sinne ist unser Konzept libertär. Es fördert den Grundgedanken der Subsidiarität und denkt vom Ansatz her dezentral.

Ein starker Staat ist kein Schuldenstaat. Schon deshalb weil die Schulden von heute die ausbleibenden Investitionen von morgen sind. Es ist ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen, wenn sie die heutigen staatlichen Leistungen durch Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen finanzieren. Ein starker Staat ist sparsam, aber er ist auch in der Lage, in einer gerechten Form die Steuern zu erheben, die er zur Bewältigung seiner Aufgaben braucht. Wir fallen nicht in den Chor derjenigen ein, die Steuern pauschal verdammen. Die Verarmung der öffentlichen Hand werden wir nicht zulassen. Allerdings sind wir überzeugt, dass unser Steuersystem transparenter und einfacher werden muss, weil es sonst die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger verliert. Darüber hinaus nutzt ein zu kompliziertes Steuersystem vor allem denen, die sich aufgrund guter Einkommen SteuervermeidungsberaterInnen einkaufen können. Ziel eines transparenten Steuersystems muss es sein, dass große Kapitalgesellschaften den Unternehmenssteuersatz von 30 Prozent auch tatsächlich bezahlen müssen. Große Privatvermögen sollen über eine reformierte Erbschaftssteuer einen höheren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.

Deutschland ist keine Insel. Wir sind zu unserem Nutzen eingebunden in die europäische Union und wir profitieren in der Summe von der Globalisierung. Die Globalisierung braucht Regeln und neue demokratisch legitimierte Institutionen, die die offensichtlichen Mängel von G8 und WTO überwinden. Grüne Marktwirtschaft tritt für faire Zugangschancen für alle zum Welthandel ein. Derzeit bestehen für die ärmsten Länder allerdings keine gerechten Zugangschancen zum Welthandel. Nicht zuletzt wegen der protektionistischen Handelsschranken der reichen Industrienationen. Wir wollen einen globalen Ordnungsrahmen für den Weltmarkt, der ökologische und soziale Grundstandards für alle verbindlich festlegt. Dies gilt auch für die Finanzmärkte und eine effektive Finanzaufsicht, die systemische Risiken einschränkt.

Grüne Politik denkt europäisch. Wir sehen die europäische Union als strategisch entscheidende Institution, die ökologische und soziale Rahmenbedingungen für den europäischen Binnenmarkt politisch entscheidet und damit einen entscheidenden Beitrag leistet auf dem schwierigen Weg zur gerechten Gestaltung der Globalisierung.

2. Transformationen

Ökologische Modernisierung

Der Klimawandel lässt nur ein Zeitfenster von wenigen Jahrzehnten, in denen die vollständige ökologische Transformation gelingen muss. Es geht darum, die Übergänge zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise zu gestalten, die im Kern auf Energieeinsparung und erneuerbare Energien, höchste Materialeffizienz, geschlossene Stoffkreisläufe und intelligente Dienstleistungen setzt. Wir haben nicht weniger als einen Quantensprung zu organisieren, bei dem Wachstum und Ressourcenverbrauch so entkoppelt werden, dass auch bei steigender Weltbevölkerung das Klima geschützt wird. Die Transformation zu einer grünen Marktwirtschaft ist eine große Chance, um die von Nicolas Stern beschriebene massive Vernichtung wirtschaftlicher Werte abzuwenden. Mit grünen Zielvorgaben und klaren ökologisch-sozialen Rahmenbedingungen versehen, kann die grüne Marktwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Transformation leisten.

Die ökologische Modernisierung ist das entscheidende Ziel der grünen Marktwirtschaft. Nur wenn wir unsere Lebens- und Wirtschaftsweise konsequent auf ökologische Standards ausrichten, ist eine weitere Wohlstandsentwicklung möglich. Umfassendes ökologisches Handeln ist die Voraussetzung, um die Probleme des 21. Jahrhunderts zu bewältigen: Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Ressourcenknappheit, Umweltverschmutzung, ungerechte Wohlstandsverteilung und Armut. Deutschland spielt mit seiner Wirtschaftskraft und Exportstärke eine Schlüsselrolle für diese Transformation. Grüne Politik will alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche auf ökologische Standards und Ziele ausrichten, damit sich Lösungen und Produkte entwickeln, die weltweit zur Anwendung kommen und die globalen Probleme reduzieren helfen.

Die ökonomische Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts lautet: Wie gewährleisten wir national und global eine Energieversorgung, ohne durch sie einen Klimacrash zu verursachen und ohne die atomaren Risiken fortzusetzen und ansteigen zu lassen? Bis zur Mitte des Jahrhunderts müssen wir unsere CO₂-Emissionen um 80 Prozent senken, wenn wir den bereits dramatischen Temperaturanstieg auf zwei Grad eingrenzen wollen. Die Verbrennung fossiler Energieträger und die daraus erfolgenden Treibhausgasemissionen sind Hauptursache für den Klimawandel. Die Folgekosten drohen im Laufe des Jahrhunderts unsere Wirtschaftsleistung zu übersteigen. Zentral ist deswegen, dass wir Energie konsequent einsparen und eine Strategie der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien einschlagen.

Grüne Ideen gehören mittlerweile zum guten Ton. Es ist der Erfolg der ökologischen Bewegung, dass alle Parteien ihr umweltpolitisches Profil schärfen müssen, um nicht als unmodern und rückständig zu gelten. De facto reicht der Arm der alten Industrielobbys jedoch nach wie vor weit in die alten Parteien der Bundesrepublik hinein. Auf der anderen Seite sind auch Teile der Gewerkschaften noch mit der Angst behaftet, eine ökologische Ausrichtung unserer Wirtschaft könnte Arbeitsplätze gefährden. So haben zuletzt die deutschen Automobilhersteller, PolitikerInnen von Union und SPD und die IG Metall eine gemeinsame Front gegen die von der EU geplanten Verbrauchsobergrenzen für Neuwagen gebildet. Derartige Abwehrhaltungen schaffen keinen neuen Arbeitsplatz und schaden dem Ruf einer Volkswirtschaft, die als innovativ und fortschrittlich gelten will. Damit sich die ökologische Modernisierung entfalten kann, muss diese Blockade aufgebrochen werden.

Wie glaubwürdig grüne Versprechen anderer Parteien und Verbände sind, wird sich an ihrem Beitrag zu diesem Aufbruch messen lassen müssen.

Wer ökologische Modernisierung will, kann sich nicht ein paar Lieblingsnischen aussuchen. Deswegen wollen wir Grünen einen konsistenten ökologischen Ordnungsrahmen errichten. Dies gilt auch, aber keinesfalls ausschließlich, für die Automobilindustrie. Nach dem Desaster der europäischen und insbesondere der deutschen Automobilindustrie im Zusammenhang mit den Verbrauchsobergrenzen für den CO₂-Ausstoß von PKWs ist die Politik der freiwilligen Vereinbarungen gescheitert. Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen für Verbrauchsobergrenzen.

Die Dynamik der Ökologisierung unserer Wirtschaft kann und muss beschleunigt werden. Dazu gilt es, ambitionierte ordnungsrechtliche Vorgaben durchsetzen und erprobte marktwirtschaftliche Instrumente weiterzuentwickeln, wie z. B. den Emissionshandel, die Entlastung des Faktors Arbeit und die Belastung des Umweltverbrauchs durch die Ökosteuer und den Abbau schädlicher Subventionen. Erhebliche Entwicklungspotenziale liegen zurzeit brach, wie etwa in der weißen Biotechnologie. Grüne Industriepolitik muss mit HerstellerInnen von Massengütern, die zur Nutzung in privaten Haushalten bestimmt sind, erreichbare Ziele zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz vereinbaren.

Die Energiepreise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Billiger Strom aus Kohle oder Atom ist ökologischer und ökonomischer Selbstbetrug, weil die Folgekosten verhehlt werden. Die kommenden Generationen müssen die Zeche zahlen. Ineffiziente und CO₂-starke Kohlekraftwerke dürfen bei der Vergabe der Emissionszertifikate nicht länger einen Vorzug vor Gaskraftwerken erhalten. Die Emissionszertifikate müssen versteigert werden, um Einnahmen für Klimaschutzinvestitionen und Effizienzmaßnahmen zu erhalten. Die Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuer, die nichts anderes darstellen als Subventionen für energieintensive Produktion, müssen abgebaut werden. Die Politik muss eine Strategie festlegen, die Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt entwickelt und den Stromverbrauch in den kommenden Jahrzehnten halbiert.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Verteuerung von Energie und Arbeitsplätzen. Zum einen weil eine Senkung der Lohnnebenkosten einen Zuwachs an Arbeitsplätzen bedeutet. Untersuchungen zur Arbeitsplatzwirkung der Ökosteuer haben gezeigt, dass besonders die personalintensiven Branchen wie die Dienstleistungsbranche und das Baugewerbe auf die Ökosteuer mit Stellenzuwachs reagiert haben. Zum anderen weil die Verteuerung von Energie Anreize setzt, effizienter zu werden. Innovationen sind hierbei der zentrale Hebel – in vielen alternativen Energiebranchen ist Deutschland führend, was zu einem enormen Zuwachs an Arbeitsplätzen geführt hat. Die Innovationsanreize gibt es auch in der energieintensiven Industrie und bei der Entwicklung von Produkten mit hohem Energieverbrauch.

Erneuerbare Energien sind auf einem mächtigen Vormarsch. Die Umsätze aus der Wind- und Solarkraft werden die von Auto- und Maschinenbau schon in wenigen Jahren übertreffen. Ökostrom hat seinen Anteil auf heute bereits 13 Prozent steigern können. Ende 2007 werden rund 230.000 Menschen mit der Herstellung, der Installation und dem Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen in Deutschland beschäftigt sein. Milliardeninvestitionen und viele neue Arbeitsplätze sind in Aussicht gestellt. Deutsche Technologien und Dienstleistungen der Branche werden in diesem weltweiten Wachstumsmarkt nachgefragt. Wir profitieren davon, wenn alle Völker einen Platz an der Sonne finden. Diese erfreuliche Ausgangsposition können wir nur ausbauen, wenn wir den erneuerbaren Energien die größtmöglichen Entwick-

lungsmöglichkeiten in Deutschland einräumen. Grüne Marktwirtschaft erfordert eine nationale Energiestrategie, mit der wir uns von Kohle und Atom so schnell wie möglich verabschieden und die Anstrengungen für eine größtmögliche Energieeffizienz intensivieren. Investitionen in die regenerativen Energien werden stetig zunehmen, wenn wir das erfolgreiche Instrument des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auch auf den Wärmebereich ausdehnen.

Wir brauchen ebenso einen ökologischen Rahmen, um eine klimafreundliche Mobilität auf den Weg zu bringen. Personenverkehr und Transportwirtschaft sind stark auf die Straße konzentriert und verursachen ein Fünftel der Treibhausgasemissionen. Dieser Verkehr ist zu über 95 Prozent vom Öl und Brennstoffimporten abhängig. Wir müssen einsehen, dass wir auf diese Weise nicht mobil bleiben und andere nicht mobil werden können. Eine grüne Revolution der Mobilität ist notwendig. Wir brauchen bessere Konzepte der Verkehrsvermeidung. Wir brauchen ökologische Fahrzeuge. Die deutsche Automobilindustrie muss sich kompromisslos dem Ziel verschreiben, grüner zu werden. Sprintschlucker vom Typ der Sport-Geländewagen und andere schwere Karossen werden in Kürze die Fossilien des untergehenden Ölzeitalters sein. Leichte Fahrzeuge mit sparsamen alternativen Antrieben werden weltweit das Rennen machen. Schon heute setzen die Versäumnisse und Fehlentscheidungen von ManagerInnen und EntwicklerInnen viele Arbeitsplätze aufs Spiel. Durch ein Tempolimit wird neben wichtigen Sicherheitsfragen der vermeintliche Sachzwang zu schneller und schwerer durchbrochen. Der technische Innovationsprozess bekommt eine neue Richtung.

Wir brauchen ein Modell für den Schienenverkehr, mit dem sich der Anteil der Bahn am Gesamtverkehr wieder erhöht. Mehr Güterverkehr auf der Schiene muss zu einem der vorrangigen politischen Ziele der EU werden. Die nationale Verkehrspolitik muss es sich zur zentralen Aufgabe machen, im Personenverkehr die bequeme Verbindung von verschiedenen Verkehrsträgern zu schaffen. Besonders der Stadtverkehr muss umweltfreundlicher werden durch verbesserten ÖPNV und viel Bewegungsfreiheit für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen. Nicht zuletzt müssen die Flugpreise die ökologische Wahrheit sagen. Der wachsende Flugverkehr verursacht inzwischen drei Prozent aller Treibhausgasemissionen und droht mittelfristig alle CO₂-Einsparerfolge der EU zunichte zu machen. Wir wollen ihn daher konsequent in das Emissionshandelssystem einbauen. Grüne Marktwirtschaft wird alle Subventionen für klimaschädliche Mobilität wie die Kerosin- und Umsatzsteuerbefreiung des Flugverkehrs streichen.

Die Kfz-Steuer gehört nach dem kompletten Schadstoffausstoß bemessen. Die Senkung des Spritverbrauchs und die Umstellung auf alternative Energien und Antriebe wollen wir vorantreiben. Dafür sind anstelle der freiwilligen Vereinbarungen gesetzlich verbindlich festgelegte Verbrauchsobergrenzen notwendig. Nur so kann das Marktversagen der deutschen Automobilindustrie korrigiert werden.

Die klotzige Vorstellung der SPD, dass allein staatliche Industriepolitik alle Probleme löst, weisen wir zurück. Grüne Marktwirtschaft setzt auf starke Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Transformation in eine ökologische Wirtschaftsweise wird durch nichts schneller gesteuert als die Nachfrage eines Marktes mit festen ökologischen Leitplanken. Immer mehr Menschen schätzen den Mehrwert von intelligenten und nachhaltigen Produkten, denen sie vertrauen können. Verständliche und ausführliche Verbraucherinformationen sind deswegen ein wesentliches Kriterium für fortschrittliche Märkte. Wir wollen eine klare Kennzeichnung des Stromverbrauchs bei Elektrogeräten. Die zusätzliche Einführung des Top-Runner-Ansatzes

wird die Nachfrage nach effizienten Geräten und das Energiesparen in Privathaushalten beschleunigen.

In keinem Bereich hat Verbraucherschutz mehr bewirkt als beim ökologischen Landbau. Die Branche erlebt seit Jahren einen Boom, weil immer weniger VerbraucherInnen schlucken, womit die herkömmliche Nahrungsindustrie unsere Lebensmittelregale bestückt. Die Umsätze mit ökologischen Lebensmitteln haben sich gegenüber 1997 verdreifacht. Selbst der konservative deutsche Bauernverband hat mittlerweile seinen Widerstand gegen den Biolandbau abgemildert und fordert, die Anzahl der Biobetriebe erheblich zu erhöhen, damit die Nachfrage befriedigt werden kann. Der Ausbau des ökologischen Landbaus muss intensiviert werden. Das ist gut für unsere Gesundheit, gut für Umwelt- und Naturschutz, gut für unsere heimischen LandwirtInnen. Grüne Marktwirtschaft will die Standards sichern.

Arbeitsmarkt und sozialer Rahmen der Zukunft

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Erwerbskarrieren sind unsteter geworden. Phasen der Beschäftigung werden von Phasen der Selbstständigkeit, der Weiterqualifizierung, der beruflichen Neuorientierung oder der Arbeitslosigkeit abgelöst. Zeitarbeit, Projektarbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse und der Wechsel in oder zwischen Unternehmen prägen heute den Arbeitsalltag und die Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Prekäre Arbeits- und Einkommenssituationen nehmen zu, ohne dass die sozialen Sicherungssysteme bisher an diese Veränderungen angepasst wurden. Die hoch arbeitsteilige Wissensökonomie verlangt überwiegend nach hochqualifizierten und flexiblen ArbeitnehmerInnen. Auf der Strecke bleiben Ungelernte, Geringqualifizierte und nur eingeschränkt Mobile und Erwerbsfähige. Ihnen droht der dauerhafte Ausschluss vom Arbeitsmarkt. Wirken wir dem nicht entgegen, leisten wir der sozialen Ausgrenzung und der Verbreitung von Armut Vorschub.

Wir können das Soziale der sozialen Marktwirtschaft nur erhalten, wenn wir die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit erneuern. Dazu müssen wir die Regeln des Arbeitsmarktes transformieren und den sozialen Rahmen der veränderten Arbeitswelt anpassen.

Erwerbstätigkeit ist in unserer Gesellschaft ein wichtiger Faktor zur individuellen Selbstverwirklichung und der sozialen Integration. Dies wird auch zukünftig so bleiben. Darum bleibt der Abbau der Arbeitslosigkeit auch weiterhin die zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Es ist ein wesentliches Ziel der grünen Marktwirtschaft, allen Mitgliedern der Gesellschaft Teilhabe- und Zugangschancen zu eröffnen. Dazu bedarf es einer sozialen Grundabsicherung, die Sicherheit in Notlagen bietet. Außerdem wollen wir Zugänge in Arbeit schaffen, über die auch Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte mittel- und langfristig zu neuen Erwerbsperspektiven gelangen können.

Diese Zugänge wollen wir mit verschiedenen Mitteln schaffen. Um die Schwelle für mehr Beschäftigung zu senken, setzen wir jedoch nicht auf die oft beschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes. Danach müsste Arbeit nur immer billiger werden, um mehr Beschäftigung zu erzielen. Es sind jedoch nach unserer Auffassung in Deutschland nicht zu hohe Löhne, sondern zu hohe Lohnnebenkosten dafür verantwortlich, dass die Schwarzarbeit floriert. Nach neuesten Untersuchungen werden rein rechnerisch mehr als acht Millionen Vollerwerbsarbeitsplätze in der Schattenwirtschaft ausgeübt. Uns geht demnach nicht die Arbeit aus, sondern es gelingt es

uns unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht, diese Tätigkeiten legal zu organisieren.

Um das zu ändern, schlagen wir die gezielte Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich vor. Was bei der Steuer als gerecht empfunden wird, wollen wir auch im Bereich der Sozialabgaben einführen: Hohe Einkommen werden stärker besteuert, niedrigere geringer. Ein Weg um dies zu erreichen, ist unser Progressivmodell. Danach behalten BezieherInnen von kleineren Einkommen netto mehr in der Tasche und werden von staatlichen Hilfen unabhängig. Für Menschen mit geringer Qualifikation steigen die Chancen, eine Arbeit zu finden. Denn wenn die Abgaben sinken, werden Jobs in diesem Bereich auch für ArbeitgeberInnen interessanter. Dadurch können im Handwerk, bei Dienstleistungen und in vielen anderen Bereichen neue Arbeitsplätze und neue Chancen für diejenigen entstehen, die bisher vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. In unserem Progressivmodell sind alle ArbeitnehmerInnen Mitglieder der Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Die bisherige Minijob-Regelung würde in unserem Modell aufgehen.

Vielen Arbeitsuchenden können Brücken in den ersten Arbeitsmarkt gebaut werden. Dazu bedarf es ihrer zielgerichteten Unterstützung und Förderung. Das Prinzip „Fördern“ ist bisher jedoch ein nicht eingelöstes Versprechen. Die Eingliederungs- und Qualifizierungsbemühungen müssen endlich den notwendigen Stellenwert bekommen und das Fördern in den Mittelpunkt der Arbeit der Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen gerückt werden.

Daneben brauchen wir aber auch Angebote für diejenigen, die trotz Unterstützung auf unabsehbare Zeit nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sein werden. Deshalb machen wir uns für einen sozialen Arbeitsmarkt stark. Wir wollen ein verlässliches Segment öffentlich geförderter Beschäftigung für diese Gruppe von etwa 400.000 Langzeitarbeitslosen. Es eröffnet ihnen eine neue Teilhabeperspektive und bietet Bedingungen, unter denen auch sie langfristig wieder in den ersten Arbeitsmarkt einmünden können. Die Beschäftigung kann zum Beispiel im Rahmen von Assistenzen in der Pflege, in Kindergärten oder auch bei Hausmeister Tätigkeiten stattfinden. Dafür können aber auch Integrationsfirmen nach Vorbild der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderungen geschaffen werden.

Perspektive braucht eine Basis. Hierfür setzen wir auf eine Grundabsicherung, die den tatsächlichen Grundbedarf garantieren muss, aber mehr ist als eine reine Transferleistung. Es geht dabei ganz grundlegend um gesellschaftliche und politische Teilhabe. In diesem Sinne hat der „befähigende Sozialstaat“ die Aufgabe, soziale Bürgerrechte und Chancengleichheit beim Zugang zu sozialen und kulturellen Infrastrukturen zu gewährleisten. Der Staat muss aktivieren und mobilisieren, indem er Strukturen schafft, in denen Potenziale entdeckt und entwickelt werden können. Dazu gehören adäquate Bildungs- und Beschäftigungsangebote, die Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen und individuellen Potenziale sowie Respekt gegenüber allen BezieherInnen einer Grundabsicherung gleichermaßen. Dem widersprechen sinnlose Kontrolle und Schikane ebenso wie die Zuweisung von Tätigkeiten ohne Wahlfreiheit und ohne die Möglichkeit eigene Potenziale auszuschöpfen.

Deshalb rangiert die materielle Grundabsicherung in unserer Wertigkeit auf einer Stufe mit der Verbesserung von Infrastrukturangeboten und Einrichtungen, die die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verbessern. Armut bedeutet in Deutschland zunehmend Bildungsarmut. Daher ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass alle Kinder frühzeitig freien Zugang zu Bildung und optimaler Förderung erhalten.

Gesichertes Einkommen ist zunehmend an gute Bildung und spezielle Fähigkeiten, auch an die Fähigkeit selbstorganisiert weiterzulernen, gebunden. Da Geringqualifizierte in einer anspruchsvollen Arbeitswelt zunehmend weniger Chancen auf dauerhafte Beschäftigung haben, müssen wir für eine immer bessere Aus- und Weiterbildung sorgen. Nur dann haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter globalen Wettbewerbsbedingungen gute Chancen. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass viele Jugendliche ohne Schulabschluss und Berufsausbildung dastehen und kaum Chancen haben, eigenständig im Erwerbsleben Fuß zu fassen.

Erwerbsarbeit braucht auch faire Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir eine allgemeine Lohnuntergrenze sowie regional- und branchenspezifisch differenzierte Mindestlöhne, um Lohndumping auf Kosten der Beschäftigten zu verhindern. Es muss eine Mindestlohn-Kommission eingerichtet werden, um Empfehlungen für Mindestlohnhöhen zu erarbeiten, die dann für verbindlich erklärt werden. Zusätzlich wollen wir die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen erreichen und die Hürde für Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wieder absenken. Damit stellen wir sicher, dass einerseits mit einer Vollzeitbeschäftigung ein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann. Andererseits verhindert eine regional- und branchenspezifische Ausgestaltung, dass Arbeitsplätze vernichtet werden und in der Folge die Schwarzarbeit zunimmt.

Grüne Marktwirtschaft will die soziale Sicherung gerechter und nachhaltiger finanzieren. Seit Jahren bereits hat sie die Grenzen ihrer finanziellen Ausstattung erreicht. Die Koalition aus Union und SPD ist zu richtungweisenden Reformen nicht in der Lage. Es ist offenkundig, dass die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen immer stärker unter Druck gerät. Die ausschließliche Koppelung der Sozialbeiträge an den Faktor Arbeit wird der neuen Arbeitswelt nicht gerecht, da die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stark auf dem Rückzug ist. Die Überbelastung des Faktors Arbeit wirkt sich als Beschäftigungsbremse aus und fördert die Schwarzarbeit. Grüne Marktwirtschaft will die Sozialsysteme künftig weniger entlang des Faktors Arbeit und stärker über Steuern organisieren. Die Senkung der Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich ist ein erster wichtiger Schritt dahin. Das Gesundheitssystem wollen wir auf eine breitere finanzielle Grundlage stellen, indem auch BezieherInnen hoher Gehälter und Vermögenseinkommen in den Solidarausgleich eingebunden werden. In die grüne Bürgerversicherung werden auch die heute häufig schlecht abgesicherten Selbstständigen einbezogen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung sind viele Reformschritte bereits unternommen worden. Grüne Marktwirtschaft verfolgt das Ziel, in der gesetzlichen Rentenversicherung unstete Erwerbsverläufe und veränderte familiäre Arbeitsteilungen künftig besser zu berücksichtigen. Kleine Einkommen sollen "hochgewertet" werden. Es soll für die Berechnung der Rente ein höheres Einkommen angenommen werden, als die versicherte Person tatsächlich erzielt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass eine Rente aufgebaut wird, die vor Armut schützt. Die Kosten soll die SteuerzahlerIn tragen. Auf diese Weise wären alle Einkommen an der Sicherung der Rente für Geringverdienende beteiligt. Die Hinterbliebenenrente soll perspektivisch, zugunsten einer eigenständigen Alterssicherung beider PartnerInnen, abgeschmolzen werden. Dazu wird ein „Beitragssplitting“ im Paar eingeführt. Das Paareinkommen wird jeweils hälftig eigenen Rentenkonten gutgeschrieben. Auch Nicht-Verheiratete können sich für ein solches Verfahren entscheiden.

Wissensgesellschaft und Innovation

Wir entwickeln uns mehr und mehr zu einer wissensbasierten Ökonomie. In ihr entscheiden nicht mehr allein Kapital, Arbeit und die Verfügbarkeit von Ressourcen über wirtschaftlichen Erfolg, sondern zunehmend Wissen, Kreativität und Innovation. Wissensbasiert bedeutet für uns aber auch, das Vorsorgeprinzip und die Folgenabschätzung bei Innovationen nicht außer Acht zu lassen. Eine wissensbasierte Ökonomie braucht Verantwortung und darf nicht blind sein für soziale oder ökologische Risiken. Wir haben die Technikfolgenabschätzung salonfähig gemacht, wir werden sie weiterentwickeln. In der globalisierten Wirtschaft haben zunehmend jene Gesellschaften Erfolg, die über exzellente Bildungs-, Forschungs- und Innovationssysteme verfügen. Eine innovative Gesellschaft lebt von einem offenen gesellschaftlichen Klima. Dazu gehört auch, dass Wissen frei zirkulieren kann. Dies wird durch ein modernes Urheberrecht gewährleistet, das dem Bedarf von Bildung und Wissenschaft gerecht wird. Eine solche Gesellschaft fasst Probleme nicht als mehr oder weniger erträgliche Missstände sondern als Herausforderung zur Veränderung auf. Weil sie eine demokratische Gesellschaft ist, die Vielfalt und Verschiedenartigkeit schätzt, kann sie die für den globalen Wettbewerb nötige kreative Dynamik aufbringen.

Deutschland ist ein Land modernster Technik und Produktionsverfahren. Es wäre jedoch ein schwerwiegender Irrtum, sich auf vergangenen Innovationen auszuruhen. Wir können noch längst nicht alles. Unseren Wohlstand werden wir nur erhalten und in seiner Qualität verbessern, wenn wir bereit sind, uns den heutigen Problemen konsequent zu stellen. Um ihnen beizukommen, müssen wir uns ehrgeizige Ziele setzen. Das betrifft technologische und ökologische Fragen wie unsere klimaschädliche Mobilität, aber genauso soziale Fragen wie die der alternden Gesellschaft, der Integration von Migrantinnen und Migranten, der besseren Verbindung von Familie und Beruf oder der Kombination von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Arbeit. Wir müssen Leidenschaft entwickeln, gesellschaftspolitische Probleme zu lösen, anstatt sie dahin zu sperren, wo möglichst wenige sie mitbekommen.

Bisher genügen die deutschen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und die Vernetzung von Forschung und Anwendung den neuen Anforderungen noch nicht. In unserem Bildungssystem bestimmt immer noch die soziale Herkunft über Bildungschancen und Bildungserfolg. Durch Selektion nach fragwürdigen Kriterien vergeuden wir bereits in der Schule das Potenzial unserer Wissensgesellschaft. Eine starke Spitze kann nur aus einer breiten, gut ausgebildeten Basis erwachsen. In Deutschland erreichen viel zu wenig Menschen einen Hochschulabschluss. Zu wenig wird in Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen investiert, die Älteren werden unverantwortlich früh ausgemustert und in den „Ruhestand“ versetzt, wodurch wichtige Erfahrungen und Wissen verloren gehen.

Grüne Marktwirtschaft trifft eine bewusste Entscheidung für die Transformation Deutschlands in eine Wissensgesellschaft. Der Staat kann technische Innovationen kaum von oben verordnen, aber er kann Anreize für die Nutzung neuer Technologien geben wie z. B. bei der elektronischen Gesundheitskarte oder der elektronischen Steuererklärung. Und er kann sowohl gesellschaftliche Ziele definieren als auch gute Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Innovationen schaffen. Das beginnt mit einer besseren Förderung von Kleinkindern durch ein ausreichendes Betreuungsangebot und dem frühkindlichen Lernen angepasste Bildungskonzepte.

Wir wollen mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur führen und Studienanfänger- und Absolventenquoten deutlich erhöhen. Hierzu müssen vor allem junge Menschen

aus den hochschulfernen und einkommensschwachen Schichten gewonnen werden. Dazu wollen wir Zugangshürden zum Studium abbauen, eine moderne Studienfinanzierung entwickeln, Studienkapazitäten bedarfsgerecht ausbauen und die Studienabbrecherzahlen durch eine Qualitätsoffensive deutlich verringern. Ebenso wichtig ist es, vielfältige Wege zu einem höheren Bildungsabschluss zu eröffnen. Die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung muss deshalb gestärkt werden. Dies kann durch den geplanten Europäischen Qualifikationsrahmen und modularisierte Aus- und Weiterbildungsangebote gefördert werden. Unternehmen sind in der Wissensgesellschaft darauf angewiesen, dass ihre Beschäftigten sich weiterqualifizieren. Sie müssen Weiterbildung als Innovationsfaktor anerkennen und fördern, z. B. durch Lernzeitkonten. Um die Teilnahme an Weiterbildung zu erhöhen, wollen wir unter anderem das Meisterbafög zu einem allgemeinen Erwachsenenbafög ausweiten und ein Bildungssparen einführen, das in besonderem Maße bildungsferne Schichten fördert.

Unsere Wirtschaftspolitik richtet sich darauf ein, dass die wissensbasierte Ökonomie speziellere Anforderungen an die Arbeitnehmer richtet und mehr die Bereitschaft erfordert, sich immer wieder fortzubilden und auf neue Aufgaben einzustellen. Wir wollen unser Ausbildungs-, Hochschul- und Weiterbildungssystem so in Quantität und Qualität ausbauen, dass es diesen Anforderungen entspricht.

Staatliche Innovationspolitik ist noch immer zu stark darauf fokussiert, wie viele Forschungsgelder dieser oder jener Forschungsbereich erhalten soll. Die eigentlichen Voraussetzungen für eine innovative Gesellschaft blendet das aus. Innovationsprozesse brauchen klar definierte Richtungen und Zielsetzungen. Sind sie nur auf Technologien bezogen, laufen sie meist ins Leere. Der Staat muss Ziele vorgeben. Wie sie umgesetzt werden, ist eine Frage von Wissenschaft, Forschung und wirtschaftlicher Umsetzung. Wir Grüne verfolgen das Ziel einer umfassenden ökologischen Modernisierung und geben dem Innovationsprozess eine entscheidende Richtung. Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland muss das Ziel haben, von Energieimporten unabhängiger zu werden und möglichst ressourcenschonend zu produzieren. Um mehr kreative Erneuerungsprozesse zu bewirken, brauchen wir eine grüne Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb. Überkommene Monopol- und Oligopolstellungen, überflüssige Bürokratie, BeamtenunternehmerInnen, Subventionen und mangelnden Verbraucherschutz wollen wir bekämpfen.

Eines der größten Hindernisse für die ökologische und soziale Modernisierung Deutschlands ist der Lobbyismus in Deutschland. Die meisten Lobbyisten von Verbänden oder Konzernen sind auf die Verwaltung des Status Quo fixiert und verhindern damit Innovation. Die Verteidigung von festen Honorarordnungen, Meisterzwang und anderen kruden Vorgaben zu Berufsausübung und Besitzrechten nutzen denen, die im System Besitzstände aufgebaut haben und machen anderen den Marktzugang schwer. Unsinnige Erhaltungssubventionen, zum Beispiel in Energietechniken des 19. Jahrhunderts, und Wettbewerbsbeschränkung aus Lobbyinteressen wollen wir konsequent abstellen.

Wir wollen ein gesetzlich geregeltes Forschungsgeheimnis beim Umgang mit Daten. Zum Schutz der Privatsphäre muss eine anderweitige Nutzung von Forschungsdaten oder -proben ausgeschlossen sein. Dies schafft Vertrauen in die Forschung und bei denjenigen, die potenziell bereit sind, für die Forschung Daten und Proben zur Verfügung zu stellen.

Innovation braucht Kreativität und neuen Ideen. Die bisherige Praxis der Patentvergabe durch das Europäische Patentamt behindert Innovation statt sie zu fördern.

Patente auf Gensequenzen zum Beispiel führen zu rein strategischen Patenten, die die Erforschung von Krankheiten und Entwicklung von Medikamenten verhindern. Nicht die Quantität von Patenten, sondern die Qualität hinsichtlich einer erfinderschen Leistung muss bei der Vergabe von Patenten gewährleistet werden. Wir brauchen ein Patentrecht, das zu weit reichende Patentansprüche einschränkt. Es muss daher so gestaltet werden, dass hinreichende Anreize für Innovationen und Investitionen geschaffen, aber zugleich Überprivilegierungen und Monopolbestrebungen verhindert werden. Dazu sollten auch die Kontrollmöglichkeiten für dritte Parteien wie Einspruch und Nichtigkeitsklagen beim Europäischen Patentamt gestärkt werden.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass neue technische Entwicklungen und forschungsbasierte Gründungen Zugang zu genügend Risikokapital erhalten. Deutschland soll zu einem der attraktivsten Standorte für Venture Capital werden. Grüne Innovationspolitik setzt auf bessere Gründungsberatung und -förderung. Wir wollen, dass EntwicklerInnen mit ihren Ideen und Geschäftsnischen nicht auf ungläubige Banken oder Behörden stoßen und daher die Möglichkeiten des Microlendings erweitern. Grüne Marktwirtschaft akzeptiert, dass zu Risikobereitschaft und Innovation auch das Scheitern dazugehört. Innovative Gesellschaften vertrauen darauf, dass man aus Fehlern am besten lernt und sich beim nächsten Versuch der Erfolg eines Unternehmens einstellt.

Die Transformation in eine Wissensgesellschaft benötigt neue soziale Umgangsformen und eine andere Qualität von Öffentlichkeit. Ein Land mit Parallelgesellschaften dürfen wir nicht zulassen. Wir wollen eine offene Bürgerkultur, die für aufgeklärte Werte und Erziehung zum gleichberechtigten Teilnehmen eintritt. Grüne Marktwirtschaft erkennt das Potenzial der Kultur- bzw. Kreativwirtschaft an und begreift und behandelt Kreativität auch als ökonomische Ressource. Daher muss in kreative Talente aber auch in die kulturelle Infrastruktur, in der Kreativität sich entwickeln kann, besser investiert werden. Grüne Marktwirtschaft setzt in besonderem Maße auf das Leistungsvermögen der sogenannten Mikrounternehmen, da sie besonders experimentierfreudig und kreativ sind. Gerade für diese Klein- und Kleinstunternehmen gilt es verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen.

Genauso wichtig ist für uns Raum für Kultur. Kultur wühlt auf, reflektiert, kritisiert, beruhigt. Ein Blick auf die kreativen und innovativen Zentren der Welt verdeutlicht, dass die meisten wirtschaftlichen Wachstumsregionen auch ein vielfältiges kulturelles Angebot aufbieten können. Keinesfalls zu unterschätzen ist die Bedeutung der Kreativwirtschaft selbst – zumal in Deutschland. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Internetfirmen, Medienunternehmen, Verlagen, Theatern und Museen und gerade viele Selbstständige sind im engeren und weiteren Sinne Kreative.

3. Selbstständigkeit und Selbstbestimmung fördern

Kleinbetriebe und Mittelstand

Kleine und mittelständische Betriebe bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Mehr als 98 Prozent aller Unternehmen in Deutschland gehören zum Mittelstand, mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) tätig. Der Mittelstand steht darum in einer besonderen Verantwortung für die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung. Für die Strategie der ökologischen Modernisierung sind Mittelstand und Handwerk von entscheidender Bedeutung. Die Mehrzahl der heute bereits rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze im Umweltbereich ist bei kleinen und mittelständischen Unternehmen angesiedelt, gerade das Handwerk hat „grünen Boden“.

Die Strategie, „nationale Champions“ mit Monopolvorteilen im Inland fit für den Weltmarkt zu machen, wie sie insbesondere von der SPD vertreten wird, lehnen wir ab. Wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen für kleine und große Unternehmen schaffen.

Der derzeitige Konjunkturaufschwung äußert sich für die KMU in deutlich verbesserten Geschäftsaussichten, gesteigerter Investitionsfähigkeit und Beschäftigungsaufbau. Die Zahl der Gründungen ist allerdings rückläufig, da die Bundesregierung vor allem Gründungen aus der Arbeitslosigkeit erheblich erschwert hat. KMU sind besonders stark von überhöhten Bürokratielasten betroffen. Die Unternehmensteuerreform macht das Steuerrecht für sie nicht einfacher, sondern komplizierter und bürokratischer.

Grüne Marktwirtschaft ist am Leitbild der Selbstbestimmung orientiert. Sie will einen Ordnungsrahmen schaffen, in dem der Mittelstand, das Handwerk und Existenzgründerinnen und Existenzgründer ausgezeichnete Bedingungen vorfinden. Dazu benötigen wir Reformen, die Freiheit und Sicherheit von Selbstständigen vergrößern, und einen fairen Wettbewerbsrahmen. Risikobereitschaft und Kreativität wollen wir optimal entfalten, sowie das Steuer- und Gesellschaftsrecht auf ein stärkeres Gründungs- und Innovationsgeschehen ausrichten.

Wir Grüne wollen die Attraktivität von Gründungen, kleineren GmbHs und freien Berufen vergrößern. Das von uns vorgeschlagene Modell einer Personengesellschaft mit beschränkter Haftung (PmbH), die ab einem Euro Mindeststammkapital gegründet werden kann, verringert das finanzielle Risiko und ermöglicht ein unbürokratisches Gründungs- und Innovationsgeschehen.

Grüne Wirtschaftspolitik will die Beratung und Lebensunterhaltssicherung in der Gründungsphase verbessern. Frauen gründen bisher nur halb so oft wie Männer ein Unternehmen, hier liegen große Potenziale für Existenzgründungen. Die Passgenauigkeit der Beratungs- und Förderprogramme für Frauen muss ebenso wie die für Arbeitslose verbessert und die Gründungsberatung und -förderung sollte insgesamt transparenter gestaltet werden. Wir wollen die Gründungsbegleitung von der Vorbereitungs- bis zur Stabilisierungsphase einer Existenzgründung ausdehnen, denn es macht keinen Sinn, die Beratung zu beenden, bevor ein Unternehmen sich wirklich am Markt etabliert hat.

Um mehr Investitionen und Absicherung für qualifiziertes Personal zu schaffen, wollen wir eine gezielte und an Arbeitsplätzen orientierte Beschäftigungsrücklage für alle Einkommensteuer zahlenden Unternehmen einführen. Für jeden sozialversiche-

zungspflichtigen Beschäftigten sollen pro Jahr 10.000 € steuerfrei in eine Gewinnrücklage eingestellt werden können. Die Gesamthöhe der Rücklage sollte 250.000 € nicht übersteigen.

Gerade der Mittelstand ist von Schwarzarbeit betroffen. So treibt z. B. der Meisterzwang viele Selbstständige in die Schwarzarbeit. Wir wollen die Schwarzarbeit durch attraktivere Bedingungen für legales Arbeiten, effiziente, bürokratiearme staatliche Dienstleistungen und durch effektivere Kontrollen bekämpfen.

Bürokratieabbau

Bürokratische, ineffiziente Regelungen und schlecht funktionierende Behörden erzeugen hohe Kosten und ärgerlichen Aufwand vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Eine Politik, die vor dem Druck der Lobbys zurückweicht und faule Kompromisse duldet, verursacht immer wieder aufs Neue Bürokratie. Die Bundesregierung verfolgt beim Bürokratieabbau einen zu schmalen Ansatz. Informationspflichten gegenüber staatlichen Behörden sollen in den kommenden Jahren nur unzureichend vermindert, die Lasten komplizierter Genehmigungsverfahren überhaupt nicht reduziert werden. Der von der Bundesregierung eingerichtete Normenkontrollrat prüft nur bei einem Teil neuer Gesetze die bürokratischen Kosten.

Grüne Politik will Bürokratie umfassend abbauen. Sie steht für eine neue Verwaltungskultur. Die Verwaltungsapparate müssen modernisiert und wo möglich zurückgeschnitten, überflüssige Gesetze und Verordnungen abgeschafft werden. Wir wollen UnternehmerInnen und Bürgerinnen und Bürgern mehr Freiheit geben. Bürgerorientierung und Effizienz, betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Wettbewerb und Leistungsprinzip, Chancen- und Zugangsgerechtigkeit, Kooperation mit Privaten und Einsatz neuer Technologien charakterisieren den notwendigen Modernisierungsprozess der öffentlichen Verwaltung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung müssen mehr Entscheidungskompetenzen haben.

Wir schlagen vor, einen Ausschuss für Bürokratieabbau im Deutschen Bundestag einzurichten, denn Bürokratieabbau braucht starke AkteurInnen. Vorbild wäre der Haushaltsausschuss, dessen Mitglieder dafür verantwortlich sind, das mit öffentlichen Mitteln in allen Ressorts gut gewirtschaftet wird. Auch die Arbeit in einem Ausschuss für Bürokratieabbau wäre ressortübergreifend.

Für den Bürokratieabbau sind darüber hinaus viele kleine Schritte notwendig. Wir wollen die Grenze der Abschreibbarkeit geringwertiger Wirtschaftsgüter anheben. Das unübersichtliche, durch Richterrecht geprägte deutsche Arbeitsrecht muss durch die Vorlage eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuchs vereinfacht werden, ohne die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzuschränken. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz ist weiterzuentwickeln und das sogenannte Ersteinstellungsgebot bei sachgrundlosen Befristungen abzuschaffen.

Ökologische Standards sind für uns keine überflüssige Bürokratie. So ist beispielsweise die Öffentlichkeitsbeteiligung durch Umwelt- und Naturschutzverbände eine wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Allgemeinwesen.

Dritter Sektor

Im globalen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus mit seinen erhöhten Flexibilitätsanforderungen steigt der Bedarf nach Lebens- und Wirtschaftsbereichen, die alternativen Unternehmensphilosophien folgen und soziale Verantwortung übernehmen. Im gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Sektor wurden in der Vergangenheit häufig technische, organisatorische und soziale Innovationen entwickelt, bevor MarktakteurInnen in der Lage waren, die Chancen zu erkennen. Beispiele dafür sind Ökoläden, Car Sharing, Bürgerbeteiligungen an z. B. Wind-, Biomasse- und Solarenergieprojekte.

Grüne Marktwirtschaft steht für eine Wirtschaftsordnung, in der gemeinwohlorientierte Unternehmen ihren festen Platz haben. Wir wollen soziales Unternehmertum, genossenschaftliche Initiativen und bürgerschaftliches Engagement stärken und fest in unserer Gesellschaft verankern. Dezentralität, Selbsthilfe und demokratische Selbstverwaltung auch in der Wirtschaft sind Prinzipien, die für Bündnis 90/Die Grünen große Bedeutung haben. Deshalb unterstützen wir genossenschaftliche und selbst verwaltete Betriebe ebenso wie gesellschaftliche Initiativen von Menschen, die z. B. ihre Mietshäuser oder Betriebe in Genossenschaften erwerben wollen. Tauschringe sind geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen zu unterstützen.

Das digitale Zeitalter und besonders die neuen Möglichkeiten durch das Internet an Partizipation, Zugang und Austausch von Wissen, bieten neue Möglichkeiten für die Kooperation und Koordination von Einzelnen weltweit. Durch das Engagement von Millionen Menschen unentgeltlich gemeinsam zu arbeiten und dabei beispielsweise Wissen zu aggregieren, ist eine neue Form von globaler Wertschöpfung entstanden. Besonders im Bereich von Open-Source-Produkten liegen enorme Chancen durch gemeinsames Arbeiten bisherige Strukturen zu überwinden. Das Engagement mündet oft in einer wirtschaftlichen Tätigkeit, die in der Selbstständigkeit und Unternehmensgründung und Spezialisierung der Dienstleistung auf dem Markt angeboten wird. Wir wollen diese Initiativen unterstützen und sie z. B. gegen Ansinnen der Konzerne, das Patent- und Urheberrecht zu verschärfen, schützen.

Die Bundesregierung hat einen ersten wichtigen Schritt zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements getan, indem sie einen Gesetzentwurf zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts vorgelegt hat. Weitere Schritte müssen folgen, um bürgerschaftliches Ehrenamt, Genossenschaften und soziales Unternehmertum zu fördern. Grüne Marktwirtschaft will dafür Sorge tragen, dass gesellschaftlichen Initiativen wie Genossenschaften eine neue Förderwürdigkeit zuerkannt wird. Beispielsweise sollen sie bei der Vergabe öffentlicher Kredite durch die bundeseigene KfW gegenüber anderen Rechtsformen kleiner und mittlerer Unternehmen nicht länger benachteiligt sein. Die gemeinsame Unternehmensgründung mehrerer Arbeitsloser wollen wir fördern, indem wir die Einbringung der Fördermittel in eine Genossenschaft ermöglichen. Mit der „Wir e. G.“ (e. G. = eingetragene Genossenschaft) wollen wir Grüne einen neuen Weg aus der Arbeitslosigkeit eröffnen.

Unternehmenskultur

Eine erfolgreiche Wirtschaft lebt von guten Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und einer vorbildlichen Unternehmenskultur. Die Wertschätzung der freiheitlichen Wirtschaftsordnung hängt in starkem Maße vom öffentlichen Verhalten und einer

guten Betriebsführung der Unternehmen ab. Dazu zählt, dass sowohl private wie öffentliche AuftraggeberInnen sich zu Gunsten von Handwerksbetrieben gegen den Trend des zunehmenden Verfalls der Zahlungsmoral entscheiden. Ein Staat, der gegenüber juristischem und moralischem Fehlverhalten wirtschaftlicher AkteurInnen stumm bleibt, verliert die Zustimmung von Bürgerinnen und Bürgern. Skandale bei Konzernen wie VW und Siemens haben das Vertrauen in die deutschen Unternehmensvorstände und Betriebsräte erschüttert. Es ist deutlich geworden, dass transparente und innovationsoffene Führungsstrukturen und Kontrollmechanismen eine eigene Bedeutung für die produktive Entwicklung der Unternehmen, für das Vertrauen von InvestorInnen und die Bekämpfung von Korruption haben.

Grüne Marktwirtschaft tritt für eine Grundordnung ein, die neben der politischen auch eine Unternehmenskultur verteidigt. Das deutsche System des Co-Managements durch GewerkschaftsvertreterInnen im Aufsichtsrat und Betriebsräte hat sich insgesamt seit über 30 Jahren bewährt und verbessert die Zusammenarbeit und Konfliktbearbeitung in den Unternehmen. Die Gesetze zur Mitbestimmung wollen wir dahingehend verändern, dass von der Arbeitnehmerseite obligatorisch eine RepräsentantIn von Verbraucherschutz- oder Umweltinteressen in den Aufsichtsrat entsandt werden muss.

Zu einer modernen Unternehmenskultur zählt für uns die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Teilhabe führt zu produktiverer Arbeit. In Deutschland sind Modelle der Beteiligung an Unternehmen eher selten. Wir werben für partizipative Unternehmensformen, wollen bürokratische Hürden beseitigen und Best-Practice-Beispiele bekannter machen. Wir wollen Unternehmen ermuntern, Aktienoptionspläne nicht nur den Führungskräften sondern allen MitarbeiterInnen anzubieten. Investivlöhne und andere Formen der Beteiligung von MitarbeiterInnen am Produktivkapital sind Beiträge zu einer partizipativen Unternehmenskultur.

Grüne Marktwirtschaft ermuntert die Unternehmen auch, Vielfalt in der Belegschaft als positiven Faktor zu erkennen und in der Unternehmenskultur aktiv zu fördern. Noch viel zu selten wird in Deutschland Diversity Management praktiziert. Dabei haben Vorreiter-Unternehmen längst die Erfahrung gemacht, dass die Förderung personeller Vielfalt in Bezug auf Geschlecht, ethnische Herkunft, Alter, sexuelle Identität, Religion bzw. Weltanschauung oder Behinderung sich kurz- und langfristig als motivierend und gewinnbringend erweist. Müssen Beschäftigte dagegen Diskriminierungen befürchten, geht das vielfach zu Lasten ihrer Motivation und damit auch ihrer Effizienz. Potenziale bleiben ungenutzt. Auch für Marketing und Kundenbindung haben sich Diversity-Strategien erfolgreich bewährt.

Grüne Marktwirtschaft will mehr Impulse setzen, damit Korruption gesellschaftlich geächtet und erschwert wird. Wir wollen den Rechtsrahmen für Aktiengesellschaften so gestalten, dass Transparenz und der Kampf gegen Korruption gestärkt werden. Wir brauchen ein bundesweites Korruptionsregister, in dem Unternehmen aufgeführt werden, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, damit sie von öffentlichen Auftragsvergaben ausgeschlossen werden können. Vertrauenswürdige Unternehmen stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb wollen wir die Kontrolle des Managements von großen Kapitalgesellschaften verbessern. Die Zahl der Aufsichtsratsmandate muss auf fünf pro Person begrenzt werden, den Übergang vom Vorstand in den Aufsichtsrat desselben Unternehmens wollen wir untersagen. Aufsichtsrat ist eine ausfüllende Tätigkeit und darf nicht länger eine Honorartätigkeit für frühere Manager darstellen.

Die Unternehmen haben die Pflicht, eine Firmenkultur zu etablieren, die klar macht, dass Filz und Bestechung nicht toleriert werden. Ethische Leitlinien für die jeweils eigene Firmenkultur können praktische Selbstverpflichtung für die unternehmerisch Handelnden sein. Diejenigen, die Korruption aufdecken sollen, müssen sich der Anerkennung und Unterstützung durch den gesamten Betrieb sicher sein. Transparenz und die Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen müssen zentraler Bestandteil der Corporate Governance sein. Wir wollen die Unternehmen darin bestärken, sich für ihr Umfeld und für ihre Städte und Gemeinden zu engagieren.

Wir unterstützen es, wenn Konzerne und Unternehmen sich im Rahmen von Erklärungen zur „Corporate Social Responsibility“, also zur gesellschaftlichen Verantwortung bekennen, denn diese ist nach unserer Auffassung wesentlicher Teil unternehmerischen Handels. In Deutschland haben sich weitaus weniger Unternehmen Initiativen zur freiwilligen Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien bereit erklärt als in anderen Staaten. Wir wollen mit den Unternehmen die bereits dabei sind, eine Initiative starten, die die Vorteile solchen Engagements für die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes deutlich macht.

Freiwillige Leitlinien und Verhaltenskodizes auf nationaler und internationaler Ebene (z. B. Global Compact) stärken die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen, sie können aber verbindliche Standards nicht ersetzen. Wir unterstützen ausdrücklich den Prozess in den VN, vor allem im Menschenrechtsrat, verbindliche Normen einer menschenrechtlichen Verantwortung von transnationalen Unternehmen zu entwickeln.

4. *Potenziale aktivieren*

Frauen

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten unterdurchschnittlich. Frauen sind im Hinblick auf Entlohnung und berufliche Entwicklungschancen und gemessen an ihrem Ausbildungsniveau deutlich benachteiligt. Dieses Gleichstellungsdefizit schadet auch der Wirtschaft enorm. Denn gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männer am Erwerbsleben ist eine wichtigen Voraussetzung für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Innovationen. Wir brauchen eine Arbeitskultur jenseits verkrusteter Machtstrukturen und männlicher Überheblichkeit. Gleichwertige Arbeit verdient gleichen Lohn. Gleiche Aufstiegschancen führen zu besserer und kontinuierlicher Leistung. Eine neue Arbeitskultur der Gleichberechtigung kann der Markt von alleine nicht leisten. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen damit spezifische Interessen von Frauen in Unternehmen mehr Geltung erhalten. Wir gehen davon aus, dass sich dann die Frage des Zugangs von Frauen zu Arbeitsplätzen und die Schaffung familiengerechter Arbeitsplätze positiv ändern.

Grüne Marktwirtschaft will im Zuge der umfassenden Modernisierung der Corporate Governance die Beteiligung beider Geschlechter mit mindestens 40 Prozent in den Vorständen und Aufsichtsräten durchsetzen. Im Aktiengesetz soll dieses Ziel für 2010 festgeschrieben werden. Darüber hinaus soll ein Gleichstellungsgesetz für den privaten Sektor alle ArbeitgeberInnen verpflichten, Gleichstellungspläne zu entwerfen. Wir wollen die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die sich nachweislich für Gleichstellung einsetzen.

Im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb sind Wissenschaftlerinnen und genderrelevante Forschung deutlich unterrepräsentiert. Diese Vergeudung von Potenzialen wirkt sich negativ auf den wissenschaftlichen Erkenntnis- und Innovationsprozess aus. Um mehr Qualität und Chancengleichheit in Forschung und Wissenschaft zu ermöglichen, ist der Bund gefordert, seine Forschungs- und Institutionsförderung an verbindliche Gleichstellungskriterien zu knüpfen, deren Nichteinhaltung zu Sanktionen führt. Bis zur Erreichung eines gleichberechtigten Anteils von Frauen in sämtlichen Qualifikations- und Karrierestufen sollte das so genannte Kaskadenmodell die Grundlage sein, wonach der Frauenanteil einer Beschäftigungsgruppe dem aktuellen Frauenanteil der darunter liegenden Qualifikationsstufe entspricht. Das Gleichstellungsgesetz muss auch für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelten.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in Deutschland besonders groß. Wir fordern daher die Tarifparteien auf, verbindliche Regelungen zur gleichen Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit zu vereinbaren. Um die Rechte der Arbeitnehmerinnen zu stärken, soll die Vorschrift im Artikel 141 des EG-Vertrages („Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“) künftig nicht mehr nur individuell sondern auch kollektiv gerichtlich durchgesetzt werden können.

Durch das Ehegattensplitting erhalten jene finanzielle Vorteile, die aufgrund eines hohen Einkommens in einer Alleinverdiener-Ehe leben. Ehegattensplitting und miserable Kinderbetreuungsmöglichkeiten verhindern, dass gut ausgebildete Frauen berufstätig bleiben und Karriere machen können. Väter stoßen oft auf Unverständnis und Vorbehalte, wenn sie sich aktiv um die Betreuung ihrer Kinder kümmern und dafür ihre Erwerbstätigkeit einschränken wollen. Die schlechte Vereinbarkeit

von Familie und Beruf schadet der Wirtschaft. Angesichts des Fachkräftemangels können wir es uns nicht länger leisten, die Hälfte der potentiell Erwerbstätigen systematisch zu benachteiligen. Frauen und Männer haben das Interesse, sich in der Arbeitswelt zu behaupten und Geld zu verdienen. Familie ist ebenso Frauen- wie Männersache. Männer und Frauen wollen in der Lage sein, Familie und Beruf zu verbinden und doppelte Verantwortung zu übernehmen. Die Produktivität unserer Wirtschaft darf nicht unter stressgeplagten Eltern leiden, die keine ausreichende und hochwertige Kinderbetreuung antreffen.

Es ist nötig, das überkommene Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Höchstbetrag umzuwandeln, um den Verfassungsauftrag zur Unterhaltspflicht unter EhepartnerInnen zu gewährleisten. Die zusätzlichen staatlichen Einnahmen müssen zum Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderinfrastruktur verwendet werden. Alle Kinder sollen einen Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Betreuung ab einem Jahr erhalten. Wir wollen den Dienstleistungssektor ausweiten und bezahlbare Beschäftigung im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen schaffen. Darüber hinaus sind Politik und Unternehmen gefragt, eine andere Zeitpolitik und ein modernes Zeitmanagement zu ermöglichen. Denn die Vereinbarkeit von Kinder- und Berufswünschen wird auch dadurch erschwert, dass wichtige Lebensabschnitte wie Endphase der Ausbildung, Einstieg in den Beruf, zentrale Karriereschritte und Familiengründung in einem kleinen Zeitfenster, der „Rush-hour-of-life“, zusammengedrängt werden. Wir brauchen eine neue Zeit- und Lebensphasenpolitik.

Ostdeutschland

Seit der Wiedervereinigung hat in den ostdeutschen Ländern ein umfassender Modernisierungsprozess stattgefunden. Ostdeutschland ist heute in bestimmten Regionen ein hervorragender Investitionsstandort mit einer exzellenten Infrastruktur. Allen Anstrengungen und Hilfen zum Trotz hat sich jedoch bislang noch keine selbsttragende Entwicklung in der Breite eingestellt. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahren doppelt so hoch wie die westdeutsche. Während sich die wirtschaftliche Entwicklung in einigen Regionen wie Dresden, Jena oder Greifswald in den letzten Jahren deutlich beschleunigt hat, erreichten die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin selbst im Boomjahr 2006 nur ein geringes Wachstum von 1,5 Prozent. Hinzu kommt, dass derzeit in Ostdeutschland ca. 100.000 Unternehmen fehlen. Um diese Unternehmenslücke zu schließen, muss aus grüner Sicht die Unterstützung von Unternehmensgründungen zentrales Element einer wirtschaftspolitischen Strategie für Ostdeutschland sein. Die öffentlichen Haushalte im Osten sind immer noch mindestens zur Hälfte von Geldern anderer Ebenen abhängig, aufgrund der vereinbarten Degressivität dieser Hilfen aber auf rasch steigende eigene Steuereinnahmen angewiesen. Ostdeutschland hat aufgrund der starken Abwanderung junger Menschen bereits jetzt stark mit den Folgen des demografischen Wandels zu kämpfen.

Es reicht nicht aus, in den neuen Bundesländern nur auf staatliche Subventionen und Standortmarketing zu setzen. Entgegen des Rates sämtlicher ExpertInnen hat sich die Bundesregierung noch immer nicht vom Prinzip der Gießkannenförderung verabschiedet und die Investitionszulage, die geringe Steuerungsmöglichkeiten hat und viele Mitnahmeeffekte erzeugt, noch für weitere drei Jahre verlängert. Ein Fehler war auch die Abschaffung der Ich-AG. Dieses Modell zur Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit war in Ostdeutschland sehr gut angenommen worden.

Grüne Politik will den Osten Deutschlands aus der Defensive holen. Um ein nachhaltiges Wachstum in Gang zu bringen, sind mehr Mut und neue Wege erforderlich. Grüne Förderpolitik konzentriert sich verstärkt darauf, dass sich vorhandene Wachstumskerne weiterentwickeln können. Die Gießkanne wollen wir im Geräteschuppen untauglicher Förderinstrumente verstauben. Stattdessen setzen wir auf eine wirksame Clusterpolitik. Das bedeutet, vorherrschende Wachstumsbranchen stärker untereinander zu vernetzen und an wissenschaftliche Einrichtungen und Hochschulen anzubinden. Und es bedeutet, kreativen Strukturen Freiraum zu geben. Im Osten müssen ExistenzgründerInnen die exzellentesten Bedingungen vorfinden. Ebenso müssen die ostdeutschen Hochschulen besondere Qualifikationsprofile anbieten und damit die besten Köpfe gewinnen. Ein wichtiges Kriterium für die Innovationsfähigkeit eines Standorts ist die kulturelle Vielfalt der Arbeitskräfte. Gerade im Bereich von Forschung und Entwicklung führen die Zusammenführung des Wissens und der Fähigkeiten von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund zu positiven Effekten. In Ostdeutschland sind ausländische Arbeitskräfte in Forschung oder Unternehmen aber viel seltener anzutreffen als im Rest des Landes. Diese fehlende Diversität ist ein Nachteil für den ostdeutschen Standort.

Schon jetzt ist absehbar, dass sich in Ostdeutschland grüne Ideen durchsetzen und dort ein bundesweit führender Standort für erneuerbare Energien entsteht. Diese Stärke gilt es zu festigen und wissenschaftlich zu untermauern. Die Verwendung der Solidarpaktmittel muss in Zukunft stärker auf ihre zweckgerichtete Verwendung kontrolliert werden und die Investitionen sind auf Wachstumsbranchen und Wissenschaft konzentrieren.

Wir werden den Wandel in den schrumpfenden Gegenden gestalten und ihnen neue Bedeutungen zuerkennen. Bis dato benachteiligte Regionen müssen verstärkt die Chancen nutzen, die ökologische Landwirtschaft, Naturparks und naturnaher Tourismus und der Anbau nachwachsender Rohstoffe bieten.

Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor ist in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Staaten unterdurchschnittlich entwickelt. Dass wir keine Dienstleistungsgesellschaft sind, liegt zum einen an kulturellen Unterschieden. So kann sich der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungen nicht entfalten. Vor allem aber konzentriert sich die Berufsausbildung verstärkt auf die Vermittlung von Fachwissen, während Sozialkompetenz und Gründungsfähigkeiten vernachlässigt werden.

Grüne Marktwirtschaft verfolgt eine Strategie, mit der das Potenzial für mehr Beschäftigung im Dienstleistungsbereich ausgeschöpft werden soll. Der Bereich der Dienstleistungen ist insgesamt sehr vielseitig und reicht von Unternehmens- über Distributionsdienstleistungen hin zu persönlichen und sozialen Dienstleistungen. Grundsätzlich wollen wir mit der Absenkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich Dienstleistungsberufe bezahlbarer und attraktiver machen. Die Ausbildung soll stärker auf die besonderen Anforderungen von Dienstleistungstätigkeiten ausgerichtet werden.

Handwerk, Kinderbetreuung und haushaltsnahe Tätigkeiten bergen ein riesiges Potenzial für Dienstleistungen. Um im Handwerk mehr Wettbewerb zu ermöglichen, will grüne Marktwirtschaft den Meisterzwang auf die gefahrens geneigten Gewerbe beschränken. Die Meisterprüfung wollen wir als freiwilliges Qualitätszertifikat erhalten.

Grüne Marktwirtschaft will die wirtschaftlichen Chancen im Gesundheitswesen nutzen. Dienstleistungen im Bereich von Sport, gesunder Ernährung, medizinischer Beratung, Pflege und naturnahem Gesundheitstourismus werden im Zuge der Alterung der Gesellschaft eine immer größere Nachfrage erleben. Gesundheitsförderung und Prävention, ambulante statt stationäre Leistungen sowie integrierte Versorgung können das Gesundheitssystem insgesamt entlasten. Wir wollen diese Ansätze stärker im solidarischen Gesundheitssystem verankern.

Wir brauchen im Gesundheitswesen fairen Wettbewerb um mehr Qualität, Wirtschaftlichkeit und Patientenorientierung. Da der Gesundheitssektor von gesetzlichen Rahmenseetzungen und korporatistischer Selbstverwaltung besonders stark geprägt ist, steht der Staat in der Verantwortung, Wettbewerbsstrukturen durchzusetzen. Die althergebrachte Doppelstruktur von gesetzlicher und privater Krankenvollversicherung, die es in Europa nur noch in Deutschland gibt, wollen wir überwinden. Das Sonderrecht der privaten Krankenversicherer sich auf „gute“ Risiken zu konzentrieren, ist Risikoselektion unter dem Deckmantel Wettbewerb. Grüne Politik will hingegen fairen Wettbewerb um intelligente, vernetzte, kostengünstige und für Patientinnen und Patienten effiziente Lösungen zwischen Krankenkassen und AnbieterInnen wie ÄrztInnen, Krankenhäusern sowie ArzneimittelherstellerInnen. Wir wollen mehr Preisverhandlungen im Medikamentenbereich. Bisher haben Kassen und Hersteller durch die Kontrahierungspflicht zu wenig Anreize, Preisverhandlungen miteinander zu führen. Wir wollen dieses Wettbewerbshemmnis aufheben. Alle Kassen sollen eigene Positivlisten erstellen können.

Im Bereich der Pflege wollen wir die Leistungsangebote stärker auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausrichten. Die Dynamisierung der Leistungssätze, die Stärkung der ambulanten Pflege sowie mehr Unterstützung für pflegende Angehörige sind notwendig. Wir wollen ein persönliches Pflegebudget einführen, damit jeder künftig selbst bestimmen kann, welche Leistungen er einkauft. Grüne Politik will eine solidarische und nachhaltige Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung. In die Bürgerversicherung sollen alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen. Sie wird allen unabhängig von ihrem Geldbeutel die notwendige und angemessene medizinische und pflegerische Versorgung bereitstellen.

Die Finanzmärkte sind ein dynamischer Teil des wachsenden Dienstleistungssektors und gleichzeitig Voraussetzung dafür, dass in anderen Sektoren Transformationsprozesse gelingen, indem Finanzierungen bereitgestellt und Risiken, z. B. über Versicherungen, übernommen werden. Wir wollen durch kluge und vorausschauende Regulierung das Vertrauen in Produkte, AkteurInnen und Handelsplätze sichern und so eine stabile Entwicklung der Finanzmärkte ermöglichen. Im europäischen Binnenmarkt wollen wir den deutschen Finanzplatz stärken, und zwar sowohl in seinem Zentrum Frankfurt als auch in der Fläche durch vor Ort verankerte Genossenschaftsbanken und Sparkassen, die in ihrer Geschäftspolitik dem Gemeinwohl in ihrer Region verpflichtet sind.

Migration

Innovationen gedeihen dort, wo Talente, Toleranz und Technologie zusammenkommen. Wir stehen für eine offene Gesellschaft, die Fremde und Fremdes aufnimmt anstatt sich abzuschotten. Wir wollen Deutschland wieder zu einem attraktiven Standort für kreative Köpfe aus aller Welt machen. Neben den notwendigen Investitionen in Bildung und Wissenschaft gilt es, die Zuwanderung von Fachkräften und

Selbstständigen nach Deutschland zu erleichtern. Migrantinnen und Migranten bereichern unsere Gesellschaft seit Jahren in allen Bereichen. Der Anteil der Selbstständigen unter den ausländischen Erwerbstätigen ist mittlerweile prozentual fast ebenso hoch wie unter Deutschen. Sie haben in Deutschland rund eine Million Arbeitsplätze geschaffen. Das wissenschaftliche, intellektuelle und künstlerische Leben in Deutschland wird inzwischen auch durch MigrantInnen geprägt.

Gleichzeitig wird der Fachkräftemangel zunehmend zu einer Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung und den Innovationsstandort Deutschland. Angesichts der Struktur und der Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft kann es sich unser Land nicht leisten, im internationalen Wettbewerb um die innovativsten Arbeitskräfte den Anschluss zu verlieren. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen leiden unter dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge wurden beispielsweise im Jahr 2006 48.000 geplante Ingenieurstellen nicht besetzt, weil es nicht die geeigneten Bewerberinnen und Bewerber dafür gab. Jede besetzte Ingenieursstelle zieht durchschnittlich noch einmal mehr als zwei weitere zusätzliche Arbeitsplätze in den Bereichen Forschung und Handel nach sich. Insgesamt werden also je nach Berechnung zwischen 70.000 und 150.000 Arbeitsplätzen nicht realisiert. Doch trifft der Fachkräftemangel nicht nur IngenieurInnen oder die IT-Branche. Auch das Handwerk oder die Altenpflege melden einen Mangel an geeigneten BewerberInnen. Angesichts der alternden und künftig stark schrumpfenden Gesellschaft wird sich dieser Trend in den nächsten 20 Jahren erheblich verschärfen.

Zu den zentralen Handlungsfeldern Ausbildung und Weiterbildung tritt die Zuwanderung von Arbeitskräften als dritte Säule einer Strategie gegen den Fachkräftemangel. In allen drei Handlungsfeldern muss mehr getan werden. Zur Lösung des Fachkräftemangels brauchen wir einen leichteren Zuzug ausländischer Fachkräfte. Die Betriebe müssen mehr Ausbildungsplätze anbieten, um ihren eigenen Bedarf an Fachkräften zu decken und um jungen Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine berufliche und persönliche Perspektive zu geben. Die Hochschulen müssen mehr Studierende ausbilden, dabei müssen vor allem die Potenziale von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund besser gefördert werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen durch konsequente Fort- und Weiterbildung auf dem aktuellen Stand und somit auf dem Arbeitsmarkt gehalten werden.

Die große Koalition blockiert Erleichterungen beim Zuzug ausländischer Spezialistinnen und Spezialisten. Dabei sind nach den Regeln des Zuwanderungsgesetzes im Jahre 2005 gerade einmal 900 ausländische Fachkräfte nach Deutschland gekommen. Im gleichen Jahr verließen 145.000 – zumeist gut ausgebildete – Deutsche ihre Heimat, um im Ausland zu arbeiten und zu leben. Dies ist eine alarmierende Situation für eine Volkswirtschaft, deren einzige Ressource das Know-how in den Köpfen der Menschen ist. Auch bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU hält die Bundesregierung an ihrer Politik der Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes fest. Eine Politik der Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes ist nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr stellt sich heute die Frage, ob und wie ausländische Fachkräfte für eine Arbeit in Deutschland gewonnen werden können.

Grüne wollen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften mit einem Bündel von Maßnahmen ermöglichen. Wir fordern die Einführung und Erprobung eines Punktesystems, wie es von der rot-grünen Bundesregierung vorgeschlagen worden war, um demografische Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Hochqualifizierten muss der Zuzug erleichtert werden durch eine signifikante Absenkung der Einkommensschwelle.

Für ZuwandererInnen mit besonders gefragten Qualifikationen und ausländische AbsolventInnen deutscher Hochschulen wollen wir den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern auch unterhalb der (abzusenkenden) Einkommensschwelle. Dazu sollen Berufsgruppen, in denen ein besonderer Bedarf besteht (etwa IngenieurInnen) definiert werden. ZuwandererInnen mit entsprechenden Qualifikationen sollen dann ohne Mindesteinkommensschwelle oder bürokratische Arbeitsmarktprüfungen eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten. Ausländischen AbsolventInnen deutscher Hochschulen sollen während des Jahres, das ihnen zur Suche eines angemessenen Arbeitsplatzes zur Verfügung steht, uneingeschränkter Zugang zum gesamten Arbeitsmarkt erhalten.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen EU-Staaten wollen wir nicht länger beschränken und das Entsendegesetz auf alle Branchen ausweiten, um Mindestarbeitsbedingungen zu garantieren.

Damit Deutschland ein innovativer und attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt, wollen wir den Zuzug von Selbstständigen erleichtern. Bereits heute führen Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft in Deutschland rund 280.000 Betriebe. Da wir ein hohes volkswirtschaftliches Interesse an zuwandernden Selbstständigen haben, muss die allgemeine Schwelle (Mindestinvestitionssumme bzw. garantierte Schaffung einer bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen) weiter abgesenkt werden. Ergänzt werden muss dies durch ein explizit auf gründungswillige Migrantinnen und Migranten zugeschnittenes Beratungs- und Informationsangebot.

Die bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten verfügen über Potenziale, die es zu fördern statt zu behindern gilt. Transnationale Kontakte, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz bieten Chancen, die es zu erkennen und zu ergreifen gilt. Die aus klassischen Einwanderungsländern bekannte wirtschaftliche Aktivität und Aufstiegsorientierung von Eingewanderten und ihrer Kinder darf nicht vereitelt werden durch aufenthaltsrechtliche Hürden und ein Bildungssystem, das nach Herkunft aussortiert. Auch für Migrantinnen und Migranten, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind oder aus humanitären Gründen hier leben, muss der Zugang zu Arbeitsmarkt und Qualifizierung erleichtert werden.

5. *Der Staat in der sozialen Marktwirtschaft*

Öffentliche Güter

Der Staat hat die Aufgabe, die Voraussetzungen für die Sicherung von Wohlstand und ein nachhaltiges Wirtschaftsgeschehen zu schaffen. Dazu bedarf es eines starken und zuverlässigen Staates, der die notwendigen öffentlichen Güter bereitstellt und ihre Qualität garantiert. Neben gewinnorientierten Betrieben und dem gemeinwohlorientierten dritten Sektor ist das wirtschaftliche Handeln des Staates Quelle für Wertschöpfung und deswegen auch von Innovationen. Wir wollen das wirtschaftliche Handeln des Staates gezielt auf die ökologische Herausforderung ausrichten, z. B. durch eine energetische Optimierung der staatlichen und kommunalen Gebäude und eine konsequente ökologische Beschaffungspolitik. Staatliche Wirtschaft darf nicht falsche Strukturen fördern, sondern muss durch kleine Losgrößen, gute Zahlungsmoral und Open-Source-Lösungen kleinere und mittlere Unternehmen stützen.

Der Staat muss eine intakte Infrastruktur gewährleisten, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Zugang zu Gütern und Leistungen haben, die für wirtschaftliches Handeln notwendig sind. Zur Daseinsvorsorge zählen Verkehrs- und Transportinfrastruktur, Gas- und Elektrizität, Müllabfuhr, Krankenhäuser, Wasser in sauberer Qualität, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen. Diese Güter müssen für alle zugänglich sein. Auch der Bereich der Medien kann nicht gänzlich den Mechanismen des Marktes überlassen werden. Als Grundlage der öffentlichen Willensbildung und als „vierte Gewalt“ im Staat bilden sie einen unerlässlichen Pfeiler unserer Demokratie. Staatliche Aufgabe ist es, die publizistische Vielfalt zu schützen und Meinungsmonopole zu verhindern. Der Staat ist verantwortlich für innere und äußere Sicherheit, für eine effiziente Justiz, für eine bürgernahe Polizei und für gerechten Strafvollzug. Er muss ein hochwertiges Betreuungs- und Bildungssystem gewährleisten, das allen zugänglich ist. Es ist seine Aufgabe, den Schutz der natürlichen Ressourcen und des Klimas als Grundlagen menschlichen Daseins durchzusetzen. Eine zuverlässige öffentliche Daseinsvorsorge setzt voraus, dass der Staat mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet ist.

Wir wollen von Fall zu Fall prüfen, welche Aufgaben der Staat selbst erbringen muss und welche er unter bestimmten rechtlichen Vorgaben dem privaten Sektor oder gemeinnützigen Initiativen übertragen kann. Ein effizienter Staat muss Aufgaben an Private übertragen, wenn sie diese besser, preiswerter und wirtschaftlicher erfüllen können. Dort wo er selbst wirtschaftliche tätig wird, muss durch eine verbesserte Corporate Governance und klare Zielvorgaben der politischen AkteurInnen dafür gesorgt werden, dass öffentliche Unternehmen effizient handeln und dem öffentlichen Auftrag entsprechend tätig sind. Der Staat kann mit einem besonderen Ordnungsrahmen versehene Märkte schaffen, wie z. B. bei der Telekommunikation. Zunehmend werden auch Projekte in Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) umgesetzt. Sie können privates Know-how und Innovationspotenzial in die Erbringung öffentlicher Aufgaben einbeziehen; zu einer Neu-Verteilung der Risiken, die mit öffentlichen Investitionen verbunden sind, genutzt werden; und Kosten senken. Um den Erfolg staatlich-privater Partnerschaften zu gewährleisten, muss in der Vorbereitungsphase sehr genau geprüft werden, ob das jeweilige Projekt für ÖPP geeignet ist, oder ob die höheren Managementkosten nicht die Einspareffekte zunichte machen, ob der langjährigen Selbstbindung der Gebietskörperschaft ein ausreichender Nutzen gegenübersteht und die Finanzierung gesichert ist.

Wettbewerb und Verbraucherschutz

Eine Politik für konsequenten Verbraucherschutz, Informationsrechte und fairen Wettbewerb ist die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Wahlfreiheit, Qualität, Kosteneffizienz und mehr Innovationen. Ein Staat, der einzelnen Unternehmen oder Wirtschaftsformen dauerhaft Wettbewerbsvorteile einräumt, schafft verkrustete Strukturen und verhindert, dass sich neue Produkte, Dienstleistungen und Technologien am Markt behaupten können. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik und Verbraucherschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Eine dynamische und ökologisch ausgerichtete Wirtschaft ist auf selbstbewusste Verbraucherinnen und Verbraucher angewiesen.

Fairer Wettbewerb ist keine Selbstverständlichkeit. Der Staat hat die Aufgabe, immer dann, wenn es offensichtlich zu Marktversagen und unfairen Geschäftspraktiken kommt, das Gleichgewicht und die Funktionsfähigkeit des Marktes zum Nutzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern wieder herzustellen. Ein klarer Ordnungsrahmen und die effektive Durchsetzung von Verbraucherrechten kann auch unerwünschten Entwicklungen der Globalisierung Grenzen setzen.

Wir wollen echten Wettbewerb bei allen leitungsgebundenen Energien, Strom, Erdgas sowie Fern- und Nahwärme, durchsetzen. Das Vorhaben der Bundesregierung, im Rahmen der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Missbrauchsaufsicht über die Preise zu erweitern, stellt eine untaugliche Notlösung dar. Eine staatliche Preisaufsicht schafft nicht mehr Wettbewerb, sondern verunsichert MarktteilnehmerInnen und erschwert den Marktzugang neuer WettbewerberInnen. Grüne Marktwirtschaft steht für eine beständige eigentumsrechtliche Entflechtung der Energienetze. Nur wenn einzelne Energieversorger nicht länger gleichzeitig Netz und Durchleitung kontrollieren, werden die notwendigen Investitionen in modernste Kraftwerkstechnik und erneuerbare Energien fließen. Nur auf diese Weise kann die Blockade der großen Energieversorger bei den erneuerbaren Energien überwunden werden. Außerdem müssen die Voraussetzungen für eine kartellrechtliche Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen geschaffen werden.

Grüne Marktwirtschaft verlangt ein Wettbewerbsmodell für den Schienenverkehr. Die Pläne der Bundesregierung, der Deutschen Bahn AG bei einem Börsengang Netz und Bahnhöfe zu überlassen, lehnen wir eindeutig ab. Wir wollen, dass die aus Steuermitteln finanzierte Bahninfrastruktur in öffentlicher Hand verbleibt. Grüne Marktwirtschaft steht für die klare Trennung von Netz und Betrieb und will eine nachhaltige Pflege von Schienen und Bahnhöfen sichern. Wir wollen, dass fairer Wettbewerb den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene attraktiver macht und Wachstum auf der Schiene erzeugt.

Verantwortungsbewusste VerbraucherInnen, die beim Kauf neben dem Preis auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen, können die Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Menschen ausrichten. Aus einem Wandel der Lebensstile kann so ein Wandel auch der Wirtschaft entstehen. Grüne Marktwirtschaft erkennt deshalb VerbraucherInnen eine Schlüsselrolle zu und gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Rechte durchzusetzen. So muss zum Beispiel die gentechnikfreie Landwirtschaft- und Lebensmittelwirtschaft geschützt und gestärkt werden, denn nur so werden VerbraucherInnen die Möglichkeit haben, auch zukünftig ihr Recht auf Wahlfreiheit wahrnehmen zu können. Indem die Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Recht auf verbrauchergerechte Information über Produkte und Dienstleistungen bekommen, etwa in Form eines Nachhaltigkeits Siegels, sind Unternehmen angehalten, von vornherein auf hohe Qualität und eine nachhaltige Produktionsweise zu achten.

Das Verbraucherinformationsgesetz der Bundesregierung leistet der Wirtschaft einen Bärendienst, indem es durch Schlupflöcher und den überzogenen Schutz von Geschäftsgeheimnissen auch denen dauerhafte Marktteilnahme sichert, die schlechte Qualität anbieten, die Umwelt belasten und Beschäftigte ausbeuten. Der Wettbewerb tritt deswegen auf der Stelle, soziale und ökologische Innovationen werden niedergehalten. Wir wollen ein Verbraucherrecht, das VerbraucherInnen einen umfassenden Informationsanspruch gegenüber Behörden und Unternehmen einräumt und unbürokratische Antragsverfahren vorsieht.

Grüne Politik setzt auf klare Orientierungshilfen für VerbraucherInnen, Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen und Unis und will moderne Informationssysteme mit PC-gestützter Verbraucherberatung, glaubwürdigen Siegeln und unabhängigen Prüfzeichen einführen. Wir wollen Verbraucherschutz in allen Wirtschaftszweigen. So muss die Transparenz von Finanzdienstleistungen wie Anlagen und Versicherungen erhöht werden. Durch gute Beratung der AnbieterInnen und unabhängiger Institutionen, durch verantwortungsvolle Kreditvergabe und durch ein Bundesprogramm „Finanzaufklärung für VerbraucherInnen“ wollen wir die Überschuldung von VerbraucherInnen vermeiden.

Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik

Die steigenden Mehreinnahmen des Staates und die günstig verlaufende Konjunktur dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die finanzielle Situation der öffentlichen Hand nach wie vor prekär ist. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland nimmt stetig zu. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote hat in den vergangenen Jahren die nach den Maastrichtverträgen erlaubten 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts deutlich überschritten. Der Schuldenstand von 1.500 Milliarden € bindet in Bund, Ländern und Kommunen zunehmend öffentliche Mittel. Allein die jährlichen Zinszahlungen des Bundes belaufen sich mittlerweile auf 39 Milliarden €. Diese hohe Staatsverschuldung geht zulasten von Zukunftsinvestitionen. Die Schulden zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben in der Gegenwart müssen unsere Kinder mit Zinseszins zurückzahlen, wodurch ihre Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten in unverantwortlicher Weise eingeschränkt werden.

Die vorhandenen institutionellen Schranken im Grundgesetz haben diese Entwicklung nicht verhindern können, sie sind nahezu wirkungslos. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ist wenig zielführend. Das mit diesem Gesetz verbundene Ziel, Haushaltspolitik antizyklisch und damit über den Zeitraum eines Konjunkturzyklusses ausgeglichen zu gestalten, wird nicht erreicht. Wir brauchen eine Neuausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen, besonders eine Regel, welche die erlaubten Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen bindet. Eine solche Regel begrenzt wirksam die Verschuldung. So sollen in konjunkturell guten Zeiten Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden. In konjunkturell schlechten Zeiten sind antizyklisch wirkende Haushaltsdefizite zulässig. Über einen Konjunkturzyklus betrachtet ergeben sich so ausgeglichene Haushalte.

Grundsätzlich nutzt die Bundesregierung die gute Konjunktur nicht konsequent, um den Haushalt zu konsolidieren. So weisen der Bundeshaushalt 2007 und die vorgelegte Finanzplanung erhebliche Deckungslücken auf. Neue Kredite im zweistelligen Milliardenbereich bleiben so notwendig, um die laufenden Ausgaben finanzieren zu können. Zahlreiche andere EU-Länder hingegen können in der derzeitigen Situation bereits Überschüsse erwirtschaften und so für schlechtere Zeiten Vorsorge tragen.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung aus Union und SPD hat den Bürgerinnen und Bürgern die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik beschert. Gleichzeitig sollen Großunternehmen auf Kosten der kleinen und mittleren Unternehmen massiv entlastet werden. Von der nötigen Vereinfachung des Steuerrechts ist man in der Regierung abgekommen. Trotz Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe bleibt die Haushaltskonsolidierung daher hinter den politischen Möglichkeiten zurück.

Grüne Marktwirtschaft fordert einen grundsätzlichen Umbau des Staatshaushalts. Ausgaben müssen effizienter, Subventionen abgebaut, stetige Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben abgesichert werden. Grüne Politik steht für ein einfaches, gerechtes und ergiebiges Steuersystem. Unser Ziel ist es, die Bemessungsgrundlage auszuweiten, damit Steuersätze möglichst niedrig bleiben können. Das Prinzip „starke Schultern tragen mehr“ soll durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent, der die kalte Progression für mittlere Einkommen berücksichtigt, gewährleistet werden. So können für eine bessere Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und von sozialen Infrastrukturen Spielräume geschaffen werden.

Bei der Lohn- und Einkommensbesteuerung wollen wir die sieben heutigen Einkunftsarten zu vier Einkunftsarten zusammenfassen und einkommensbezogene Besonderheiten abschaffen. Abzugsbeträge sollen pauschaliert und steuerliche Privilegien für ungleiche Einkommensverhältnisse in der Ehe in eine Individualbesteuerung überführt werden. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir gerechter und diskriminierungsfrei ausgestalten. Große Erbschaften und Schenkungen sollen künftig einen höheren Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Wir wollen, dass alle Vermögensarten bei der Besteuerung gleich bewertet werden. Grüne Marktwirtschaft tritt für sozial und wirtschaftlich gerechtfertigte Freibeträge ein. Grüne Marktwirtschaft will eine einfache, gerechte und effiziente Unternehmensbesteuerung. Niedrige Steuersätze auf der Grundlage einer breiten Bemessung sollen für Aufkommens-, Finanzierungs- und Rechtsformneutralität sorgen. Wir wollen Unternehmen steuerlich besser stellen, die in Deutschland hohe Risiken eingehen und hohe Investitionen tätigen. Neue Steuergestaltungsspielräume wollen wir verhindern. Durch ein europaweit harmonisiertes Unternehmenssteuerrecht wollen wir Bürokratie für die Unternehmen einsparen und Gewinnverlagerungen verhindern, mit denen sich vor allem große Unternehmen steuerliche deutliche Vorteile gegenüber kleineren Unternehmen verschaffen können.

Grüne Marktwirtschaft nimmt sich bewusst eine staatliche Aufgabenkritik vor. Sie will noch kritischer abwägen, wofür wir im Einzelfall unsere Steuermittel einsetzen. Wir wollen die Finanzhilfen des Bundes deutlich reduzieren. Allein für 2006 waren 5,9 Milliarden € an Finanzhilfen mit zum Teil fraglichem Nutzen vorgesehen. So erhält die deutsche Steinkohle nach wie vor einen goldenen Zuschuss in Höhe von 1,6 Milliarden €. Hinzu kommen ökologisch fragwürdige Steuervergünstigungen. Die Befreiung von der Kerosinsteuer bei Inlandsflügen und von der Mehrwertsteuer schenkt der Flugbranche jährlich 900 Millionen €. Durch die Steuervorteile für Atom-Rückstellungen gehen dem Staat jährlich 800 Millionen € verloren. Das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft erhalten eine Steuerbegünstigung für Strom in Höhe von 1,9 Milliarden €. Die 20 größten Steuervergünstigungen zusammen haben ein Volumen von fast 24 Milliarden €, wovon der Bund rund 15 Milliarden € beisteuert. Eine solche Klientelpolitik auf Kosten der Allgemeinheit will grüne Marktwirtschaft beenden. Subventionen wollen wir auf die Einführung bestimmter Technologien oder umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen

beschränken und grundsätzlich degressiv und zeitlich befristet gestalten. Ökosteuerbefreiungen für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft wollen wir unter Berücksichtigung der Energiepreise und der branchenspezifischen Wettbewerbssituation schrittweise abbauen. Ferner wollen wir die EU-Energiesteuerrichtlinie konsequent anwenden und die Steuerbefreiung von Kerosin aufheben. Die Kohlesubventionen werden bis 2015 abgeschlossen. CO₂-Emissionszertifikate darf der Staat nicht länger kostenlos an die Unternehmen abgeben.

Grüne Marktwirtschaft will das Steuersystem bildungspolitisch ausrichten. Investitionen in Humankapital müssen künftig steuerlich besser behandelt werden. Die Reichen und Vermögenden der Gesellschaft sollen stärker zur Finanzierung von Bildungsinvestitionen beitragen. Deshalb wollen wir die Mehreinnahmen aus einer reformierten Erbschaftsteuer für mehr Ausgaben in Bildung und Wissenschaft verwenden. Das Steuermehraufkommen aus der Abschmelzung des Ehegattensplittings soll in den Ausbau und die Qualitätssicherung der Kinderbetreuung fließen. Wir wollen den Ausbau zur Wissensgesellschaft beflügeln, zu einer höheren Qualität der Schulen und zum Ausbau Hochschulen und der der Weiterbildung beitragen.

6. *Europa und Globalisierung*

Neue Wettbewerber wie China und Indien integrieren sich in den Weltmarkt, treiben den Strukturwandel in den etablierten Industrienationen voran, erhöhen die Wettbewerbsintensität, steigern den Ressourcenverbrauch und erringen Erfolge bei der Bekämpfung des Hungers, während dieser sich in Afrika weiter ausbreitet. Eine Welt, in der 850 Mio. Menschen hungern und zwei Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben müssen, ist Lichtjahre davon entfernt, eine funktionsfähige soziale und ökologische Marktwirtschaft zu sein. Weder führen die Entwicklungsländer in ihrer Mehrheit eine Politik durch, die Entwicklung voran bringt, noch gewähren die Industriestaaten faire Austauschverhältnisse und treiben sie den ökologischen Strukturwandel zur Entlastung des Weltklimas entschieden voran. Ein globaler Ordnungsrahmen fehlt, der geeignet wäre, den Kampf gegen Hunger und ökologische Zerstörung effektiv zu unterstützen, die Einhaltung der grundlegender Menschenrechte im Wirtschaftsprozess sicherzustellen und für die gerechte Verteilung der Globalisierungserträge zu sorgen. Ohne einen solchen Ordnungsrahmen wird die internationale Konkurrenz der Standorte zu einem endlosen Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, die schlechtesten Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen und die geringsten Auflagen für die Umwelt.

Ein funktionierender Ordnungsrahmen braucht legitimierte Instanzen und Organisationen. Das G8-Treffen ist einflussreich, aber nicht legitimiert. Ein funktionierender Ordnungsrahmen braucht Instanzen mit effektivem Sanktionspotenzial. Bislang sind nur der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die WTO mit einem Sanktionsregime ausgestattet. Diejenigen Einrichtungen der Vereinten Nationen, die für die ökologischen und sozialen Belange der globalisierten Welt zuständig sind, sind dagegen noch immer zu schwach. Nötig wäre eine Art Weltsicherheitsrat für wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen. Grüne Politik will eine Neuausrichtung der Welthandelsorganisation auf die verbindliche Einbeziehung ökologischer und sozialer Anforderungen betreiben und im Rahmen der Reform der Vereinten Nationen den Weltwirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) deutlich aufwerten. Wir wollen eine starke und eigenständige internationale Umweltschutzorganisation schaffen, deren Regeln Vorrang vor konkurrierenden Normen, z. B. der WTO genießen müssen. Wir sind für die Entwicklung eines internationalen Insolvenzrechts und die Einführung von Schiedsverfahren, an denen GläubigerInnen und SchuldnerInnen gleichberechtigt beteiligt sind.

Wir müssen die aufstrebenden Staaten wie China und Indien als neue Partner gewinnen – wirtschaftlich und politisch. Statt neue Gefahren zu beschwören, sollten wir die Tür weit öffnen, um gemeinsame Strukturen der Global Governance zu errichten. Die G8 kann so wie sie heute ist, nicht bestehen bleiben. Wir sprechen uns für einen strukturierten Dialog der Industrienationen mit den wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern und gemeinsame Anstrengungen zur Reform und Stärkung der Institutionen der Vereinten Nationen aus. Das ist nötig, um Hungerkatastrophen, Wassermangel, Bürgerkriege und Zerstörung des Klimas im 21. Jahrhundert abzuwenden.

Weder Abschottung noch Freihandelsideologie können als Richtschnur für eine gerechte Entwicklung der Weltwirtschaft dienen. Grüne Politik will die Entwicklungschancen ärmerer Länder erhöhen, indem sie ihren Produkten faire Zugangsmöglichkeiten zum Weltmarkt einräumt. Wir setzen dabei auf die soziale und ökologi-

sche Zertifizierung der Rohstoffimporte. Die Industrieländer müssen dafür ihre handelsverzerrenden Agrarsubventionen weiter senken. Besonders alle wettbewerbsverzerrenden Subventionen wie Exporterstattungen und andere Maßnahmen, die zu Dumping führen, müssen so schnell wie möglich vollständig abgeschafft werden. Die Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit haben, sowohl ihren Agrarsektor vor Dumping-Importen als auch ihre von einem niedrigen Niveau aus wachsenden Industrien vor übermächtiger Konkurrenz zu schützen. Wir wollen „Ecofair Trade“. Dafür braucht es bei der Reform der WTO eine Stärkung der Zusammenarbeit kartell- und wettbewerbsrechtlicher Aufsichtsgremien. Europa muss andere Weltregionen beim Klimaschutz unterstützen. 20-25 Prozent der Treibhausgase entstehen durch Tropenwaldzerstörung. Der Schutz des Regenwaldes ist zu geringen Kosten möglich und kann große Fortschritte im Klimaschutz erreichen. Die in der Doha-Entwicklungsrunde bisher erreichten Vereinbarungen zur Produktion und Zulassung von Generika zur Bekämpfung von Seuchen wie Aids, Malaria und Tuberkulose müssen so umgestaltet werden, dass sie auch tatsächlich umsetzbar sind. Patente auf Lebewesen und traditionelles Saatgut lehnen wir ab.

Wir wollen, dass Strategien zur Sicherstellung ökologischer und sozialer Mindeststandards Bestandteil bi- und multilateraler Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen werden. Auch die deutschen Investitionsschutzabkommen müssen an der Einhaltung ökologischer und sozialer Standards ausgerichtet werden und eine faire Zuordnung von Rechten und Pflichten für multinationale Unternehmen in den Investitionsländern vornehmen. Das ist heute nicht der Fall.

Zur Finanzierung der Strategien der Armutsbekämpfung und gerechten Entwicklung werden neben den deutlich höheren Einnahmen aus dem Handel die Mittel der Länder des Nordens gehören, die die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zügig auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufstocken müssen. Für die Finanzierung der Entwicklungsaufgaben und der Bearbeitung globaler Umweltprobleme halten wir eine Flugticketabgabe, die Kerosinsteuer und eine Steuer auf Finanztransaktionen für sinnvoll. Bei der Frage der Entwicklungszusammenarbeit geht es aber nicht nur um Quantitäten, sondern gleichzeitig um eine effiziente Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit. Dafür ist eine bessere Abstimmung auf Seiten der Geber und gute Regierungsführung auf Seiten der Nehmer unerlässlich.

In der aktuellen entwicklungspolitischen Debatte beobachten wir mit Sorge die zunehmende Polarisierung zwischen solchen Ansätzen, die in den bestehenden Governance-Problemen einerseits und in „Armutsfallen“ und klassischen Strukturdefiziten andererseits die zentralen Ursachen und die zentralen Handlungsfelder sehen. Es ist uns wichtig, dass insbesondere die afrikanischen Partner die zentralen Governance-Defizite verstärkt bearbeiten, andererseits aber auch die Geberländer ihre Verpflichtungen zur Erhöhung Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit einhalten – sowie Maßnahmen zur Steigerung der Effektivität des Mitteleinsatzes verstärkt mit der Förderung von Good Governance verbinden. Mit der Paris Declaration („Paris Declaration on Aid Effectiveness“) gibt es einen wichtigen internationalen Konsens in dieser Diskussion. Die Erhöhung der ODA-Mittel muss Hand in Hand mit der Reform der internationalen Entwicklungspolitik gehen. Wichtig ist dafür, dass die internationalen Geber von Entwicklungshilfe ihre Mittel koordiniert vergeben. Wenn fast alle Geber in allen Empfängerländern präsent sind, entsteht für die betroffenen Regierungen ein enormer Koordinationsaufwand. Good Governance stellt Anforderungen an die Entwicklungsländer, an die Geberländer und die Organisationen der Entwicklungspolitik. Klare Aufgaben- und Arbeitsteilung sind wesentliche

Bedingungen für Koordination, Kohärenz, Wirksamkeit und Kostensenkung in der internationalen Entwicklungspolitik.

Eine Schlüsselfrage für die künftige Afrikapolitik der EU ist der Umgang mit dem massiv wachsenden Einfluss Chinas in Afrika. Die EU muss sich proaktiv mit den Konsequenzen des von China ausgelösten Umbruchs auf dem Kontinent auseinandersetzen. Nur ein abgestimmtes Vorgehen der Union als Ganzes scheint uns hier sinnvoll und dringlich. Wir regen u. a. eine verstärkte europäisch-chinesische Koordination in der Entwicklungs- und Außenwirtschaftskooperation mit Afrika an. Da China bisher einem Geberdialog ausgewichen ist halten wir bilaterale Gespräche zwischen der EU und China zu diesem Thema als ersten Schritt für sinnvoll.

Die Stabilität des globalen Finanzsystems ist eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Finanzkrisen Entwicklungsschritte in kurzer Zeit zunichte machen können. Wir setzen uns deshalb für eine transnationale Aufsichtsstruktur ein, die eine Regulierung von Hedgefonds und anderen global tätigen InvestorInnen ermöglicht. Entwicklungsländer wollen wir dabei unterstützen, kurzfristige Kapitalzu- und -abflüsse zu begrenzen, die die Stabilität des einheimischen Finanzsystems bedrohen. Mikrofinanzierungen können einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung gerade auch bei den ärmsten Bevölkerungsschichten leisten.

Die Europäische Union ist ein zentraler Teil unserer Antwort auf die weltwirtschaftlichen Herausforderungen. Der EU-Binnenmarkt hat zu einer starken und vorteilhaften Verknüpfung der europäischen Volkswirtschaften geführt. Die Politik muss mit den wirtschaftlichen Verflechtungen Schritt halten. Darum muss die Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der EU-Staaten deutlich verbessert werden, der Auftrag der Europäischen Zentralbank muss neben der Preisstabilität auch ein Beschäftigungsziel enthalten. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt muss weiterentwickelt werden, damit er ein wirksames Instrument zur Stabilisierung der Schuldenquote wird. Der EU-Binnenmarkt benötigt faire Wettbewerbsbedingungen. Das schließt Steuerdumping aus und verlangt auf europäischer Ebene die Harmonisierung der Besteuerungsgrundlage für international agierende Unternehmen und einen europaweit einheitlichen Mindeststeuersatz um sicherzustellen, dass große Unternehmen ihren Beitrag zur Finanzierung staatlicher Aufgaben leisten. Nötig sind außerdem eine effektive Verhinderung immer neuer Steuerprivilegien durch das Beihilfenrecht, eine bessere Zusammenarbeit der Finanzbehörden und eine gemeinsame europäische Strategie gegen Steuerflucht im Bereich der privaten Kapitalerträge.

Die Gestaltung einer gerechten Globalisierung und die Durchsetzung weltweiten Klimaschutzes werden nur gelingen, wenn Europa ein glaubwürdiger Partner und Vorreiter ist. Die EU-Staaten müssen mit einer Stimme sprechen, um Vereinbarungen zum Schutz geistigen Eigentums und die Unterbindung von Technologiediebstahl durchzusetzen. Patentrechtsregelungen müssen dabei jedoch so differenziert gestaltet werden, dass dadurch die Erreichung der Millenniumsziele nicht erschwert wird. Auch den Ärmsten muss der Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten, zu Saatgut und Umwelttechnik ermöglicht werden.

Einheitlich und in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank sollten auch die europäischen FinanzministerInnen auftreten, wenn es um die Minimierung globaler Währungsrisiken sowie um die Reform der Internationalen Finanzinstitutionen geht. Nur mit einer gemeinsamen und kohärenten Position wird die EU auf der internationalen Ebene etwas bewegen können.

